

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.
Postzeitungsliste Nr. 1944a.
Anzeigenpreis die beispaltene Zeile 40 Pf.
Telephon Nr. 635

Schriftleitung:
Duisburg, Seitenstraße 19.
Schluß der Redaktion: Montag
Abend 6 Uhr.
Zuschriften, Abonnementbestellungen
u. s. w. an die Geschäftsstelle Seiten-
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Der Arbeiterschutz in der gesundheits-schädlichen und schweren Industrie.

Referat des Kollegen Wieber, Vorsitzender des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes Deutschlands, gehalten auf dem 2. christlich-nationalen Arbeiterkongreß zu Berlin.

II.

Die Kartellierung der schweren Industrie.

Eine bedeutende Wandlung, nicht nach der technischen, sondern nach der organisatorischen und kaufmännischen Richtung, hat sich in den letzten Jahren in der schweren Industrie durch ihren Zusammenschluß vollzogen. Hatte sie früher geglaubt, nur in der freien Entfaltung der Kraft, in der schrankenlosen Konkurrenz das Heil zu erblicken, so würde sie durch die gewaltigen Schläge der Zeit belehrt, daß die Zusammenfassung der Kräfte durch Regulierung der Preise und der Produktion nutzbringender sei.

Die schwere Industrie ist durch und durch großkapitalistisch. Ein einzelnes großes kombiniertes Hüttenwerk macht 30—40 und mehr Millionen Mark Anlagekapital erforderlich. Trotz dieser Riesentapitalien hat die schwere Industrie in den sechziger und siebziger Jahren des verschlossenen Jahrhunderts infolge der unerhörten Schleuderkonkurrenz mangels eines Zusammenschlusses unrentabel gewirtschaftet. Hinzu kamen besonders die sich geradezu überstürzenden technischen Neuerungen in Hochofen-, Stahl- und Walzwerksbetrieben, welche Millionen verschlang, und heute angeschafft, aber morgen schon wieder als veraltet ausgekallt werden mußten.

Neben der Konkurrenz der deutschen Werke unter sich war es besonders die englische, welche durch Aufhebung der Zollgrenze im Jahre 1877 die deutsche schwer belastete.

England hatte ein Jahrhundert hindurch auf dem Gebiete der Eisenindustrie die Führung. Alle großen und wichtigen Erfindungen kamen aus England. Hier wurden die ersten Dampfmaschinen, Lokomotiven und Eisenbahnen gebaut. In England wurde zuerst die teure Holzkohle durch Steinkohle resp. Koks ersetzt. Das primitive Frischverfahren durch das Puddelverfahren beseitigt. Anstelle der langwierigen, zeitraubenden Hammerarbeit die Walzenstrassen eingeführt. Vor allem aber war es die schon erwähnte, alles umstürzende Erfindung Henry Bessemer's im Jahre 1856, welche der englischen Industrie einen gewaltigen Vorsprung gab. Infolge der besseren Technik konnte England seine Waren zu Preisen auf den Markt werfen, welche für Deutschland trotz niedriger Löhne und langer Arbeitszeit nicht möglich waren. Angesichts dieser Verhältnisse ist es unfaßbar, daß der Gedanke einer Kartellierung sich nicht früher Bahn gebrochen und verwirklicht wurde, wie z. B. jetzt die schwere Industrie im Roheisen-Syndikat und Stahlwerkstarkartell zusammengeschlossen ist. Man mag zu den Kartellen oder Syndikaten stehen wie man will, das eine ist unbestreitbar, sie haben die geradezu verhängnisvolle, anarchische Schmutzkonkurrenz beseitigt, unter welcher die Werke sowohl als die Arbeiter zu leiden hatten, und

Stabilere Produktionsverhältnisse

herbeigeführt. Einige drastische Beispiele mögen hier als Beweis dienen, wie notwendig ein Zusammenschluß gewesen ist, um einen Ruin zu verhindern. Die Hütte „Phönix“ mußte infolge großer Verluste schon zu Anfang der sechziger Jahre ihr Aktienkapital von 18 Millionen Mark mit einem Schlag auf eine Million 800 000 Mark reduzieren, um aus der Finanzlamtät herauszukommen und neue Geldmittel für Inbetriebhaltung des Werkes beschaffen zu können, durch Herausgabe neuer Aktien. Das Rheinische Stahlwerk war ebenfalls gezwungen, sein Aktienkapital von vier Millionen auf 400 000 Mark herabzusetzen. Am schlimmsten erging es der „Union“ in Dortmund. Dieses Werk resp. seine Aktionäre haben durch Reduzierung der Aktienkapita-

lien bis jetzt 73 Millionen Mark verloren; nach Vindenberg soll sich diese Summe sogar auf 130 Mill. Mark belaufen. Bei einem Werke, welches mit 33 Millionen Mark Aktienkapital gegründet wurde. Die ursprünglichen Aktien sind auf 5 Prozent ihrer Anfangssumme herabgesunken. Und immer wieder neue flüssige Mittel zu erhalten, wurden Aktienemissionen vorgenommen (Vtr. A., B., C., D.), wovon immer die nachfolgenden mehr Rechte erhielten, als die vorhergehenden, sogenannte Vorzugsaktien. Die Dividendenverteilung war trotz der Reduzierung der Aktien eine sehr geringfügige. Die Arbeiterzahl sank von 12 000 auf 6000; die Löhne von 1400 auf 794 Mk. pro Kopf und Jahr im Jahre 1877. Der Förderbergwerks- und Hüttenverein reduzierte im Jahre 1877 sein Aktienkapital von 14 789 960 Mark auf 7 368 900 Mark. Dividenden wurden in den 50 Jahren des Bestehens in 17 Jahren keine verteilt. Auch Rote Erde hatte, wie schon angeführt, schwere Verluste zu verzeichnen. Die Arbeiterzahl wurde auf die Hälfte reduziert. Die Löhne sanken auf 754 Mk. Die Hoesler Hütte, heute wohl das best prosperierende Eisenerzwerk, welches in den letzten 15 Jahren 40—70 Proz. Dividende verteilte, ging in seinen Anfängen zu Grunde. Der Gründer Horstmann verlor sein ganzes Vermögen und nahm sich das Leben.

Wie die Konkurrenz des Auslandes wirkte, dürfen folgende Zahlen veranschaulichen. Im Jahre 1852 kostete eine Tonne Roheisen in Belgien 56,40 Mark, dagegen eine Tonne Siegerländer Eisen war nicht unter 90 Mark auf den Markt zu bringen. Noch schlimmer hat die Schleuderkonkurrenz auf die Walzfabrikate eingewirkt. Im Jahre 1872 kostete die Tonne Stabeisen ab Dortmund Union 360 Mark, Eisenbahnschienen 324 Mark, Bleche 480 Mark. Im Jahre 1879 waren die Preise gesunken auf 126 Mk. Es gab Fälle, wo das Roheisen sechs und mehr Mark pro Tonne unter Selbstkostenpreis verkauft wurde, nur um Lager zu räumen und Gelder flüssig zu machen. Daß unter diesen Verhältnissen auch die Arbeiter schwer gelitten, ist schon an einem Beispiel ausgeführt worden. Diese unsinnige Schleuderkonkurrenz mußte auf die Dauer zum Zusammenschluß und zu Preisconventionen führen, und so sind die

Kartelle und Syndikate

als Produkt der Selbsterhaltung eine eiserne Notwendigkeit geworden. Auch hier vollzogen sich die Dinge nicht so leicht, als es äußerlich den Anschein hatte. Große Schwierigkeiten waren zu überwinden, um die gegenseitig sich widerstrebenden Interessen auszugleichen. Was dem einen Teil zum Nutzen, konnte in derselben Branche dem andern zum Schaden gereichen. Da die Lage der einzelnen Werke, in bezug auf Rohmaterialien, Weiterverarbeitung, Frachten — welche bei der schweren Industrie mehr wie bei jeder anderen eine entscheidende Rolle spielen — sehr ins Gewicht fallen. Während der eine Teil in der Beschränkung der Produktion, aber an höheren Preisen ein Interesse hatte, wünschte der unter besseren Verhältnissen produzierende Teil volle Ausnutzung der Anlagen. Auch die Selbstverarbeitung eines Teils der Rohmaterialien zu weiteren Industriezwecken gab dem einen Teil einen Vorsprung gegenüber dem anderen, welcher dazu nicht in der Lage war. Dieses alles sind Gründe, die Jahrzehnte hindurch kein festes Gefüge aufkommen ließen und auch heute noch verhängnisvoll einwirken. Die ersten losen Anfänge der Kartelle bildeten sich in den achtziger Jahren. Es entstand das Roheisen-Syndikat, Schienenkartell, Walzwerk-Verbände, Halbzeug-Verbände, Träger- und Blechkartelle, Walzdrahtsyndikat, Grob- und Feinblech-Verbände, Röhrenverbände usw. usw. Dieselben waren nicht einheitlich über ganz Deutschland, sondern zerfielen in viele einzelne Bezirkskartelle, und bezweckten an erster Stelle, eine Preisconvention herbeizuführen. Dieselben scheiterten aber meistens an dem Egoismus der beteiligten Faktoren, haben daher das Ziel nicht erreicht und zerfielen nach und nach bei Auflösung. In den Jahren 1893—96 waren fast alle Kartelle durch innere

Reibungen verschwunden, und erst von dem Jahre 1902 ab wurden wieder neue ins Leben gerufen.

So wurde vor allem das Roheisensyndikat im Jahre 1903 neu organisiert und umfaßt jetzt in eigener Verkaufsstelle den größten Teil der gesamten Roheisenproduktion. Dasselbe setzt die Preise fest und regelt Produktion, Kauf und Verkauf. § 1 des Syndikatsvertrages lautet:

„Die Werkbesitzer begeben sich für die Dauer des Vertrages des Rechts, Verkäufe von Roheisen, ausgeschlossenes solches von mit mehr als 8% Mangan oder mehr als 6% Silicium, zu tätigen oder Angebote zu machen sowohl für das Inland als auch für das Ausland, sei es an Verbraucher, sei es an Händler oder an sonstige Mittelpersonen.

Sie stellen dagegen ihre Erzeugung mit Ausnahme des Selbstverbrauchs dem Syndikat zur Verfügung und überweisen ihm den ausschließlichen Verkauf im Inland und Ausland nach den in diesem Vertrag näher bezeichneten Bedingungen.“

Durch den zweiten Teil des § 1 sind die gemischten Werke gegenüber den reinen Hochofen im großen Vorteil, indem sie aus dem gewonnenen Roheisen größeren Gewinn ziehen können.

Außer dem Roheisensyndikat bildete sich noch eine Reihe anderer Kartelle, wie Grobblech, Walzdraht-, Gußröhrensyndikat, Verein der Gießereien, Siegerländer-Kartelle usw.

Der mächtigste Verband, welcher sich in Deutschland gebildet, ist das im Jahre 1904 gegründete

Stahlwerkstarkartell

mit einer eigenen Verkaufsstelle in Düsseldorf. Dasselbe ging hervor aus dem Träger- und Halbzeugverband, Schienen- und Schwellengemeinschaft. Fast die gesamte Stahlproduktion mit über zwölf Millionen Tonnen liegt in seiner Hand. Diese Ziffer dürfte im Jahre 1907 noch überholt werden. Das Stahlkartell hat die Produktion in Gruppe A und B eingeteilt. Für erstere Gruppe ist eine gemeinsame Verkaufsstelle errichtet. Diese Produkte gehen auf Rechnung des Stahlkartells. Es gehören hierzu Halbzeuge (Blöcke), Schienen, Schwellen, Formeisen. Zu Gruppe B gehören Stabeisen, Walzdraht, Grob- und Feinblech, Nägel, Röhren usw. Bei letzterer Gruppe ist nur die zu liefernde Menge festgesetzt, welche jedes Werk produzieren darf. Den Verkauf haben dieselben vorläufig noch selbst zu regulieren.

Es heißt darüber im § 17 des Verbandsvertrages:

„Diejenigen Produkte A (das sind Rohstahl aller Gattungen und Halbzeuge, sowie Formeisen, Eisenbahnmateriale und Träger) eigener Herstellung, welche der Stahlwerksbesitzer selbst verbraucht, entweder zur Errichtung oder Reparatur eigener Anlage oder zur Weiterverarbeitung auf ein anderes, nicht unter § 14 III und IV fallendes Fabrikat, sind von dem Verkauf an den Verband ausgeschlossen. Sie unterliegen jedoch hinsichtlich der Kontrolle des Verbandes und werden auf die Beteiligungsziffer angerechnet, auch tragen sie zur Rücklage gemäß § 44 prozentual bei.“

Den einzelnen Werken ist außerdem im § 45 folgende Beschränkung auferlegt:

„Es ist den Stahlwerksbesitzern nicht gestattet, Anlagen, welche einem Nichtmitgliede dieses Verbandes gehören, und in denen Produkte A und B hergestellt werden, zu kaufen oder unter eigenem oder fremdem Namen zu betreiben, sofern und soweit den Stahlwerksbesitzern für solche Anlagen bei Abschluß dieses Vertrages nicht schon eine Beteiligung zugebilligt ist.“

Das Stahlkartell bildeten 31 gemischte Werke, welche mehr als tausend Millionen Mark angelegtes Kapital repräsentieren.

An und für sich haben die Arbeiter zwar keinen Grund, Gegner der Kartelle zu sein, sie sind ein notwendiges Glied, um überhaupt Ordnung, Planmäßigkeit und Rentabilität in die Produktion hineinzubringen. Gerade letzterer Punkt ist eine Notwendigkeit weil im anderen Falle die Arbeiter die ersten sind,

den Schaden zu tragen haben wie die Vergangenheit bewiesen hat.

Vor allem wird es davon abhängen, ob die Kartelle und Syndikate nicht ihre Macht mißbrauchen, zum Schaden der weiterverarbeitenden Industrien und der Arbeiter, da die letzteren Industrien fast fünfmal soviel Arbeiter beschäftigen, als die schwere Industrie.

Durch die immer engere Verbindung zwischen Kohlen-, Hoheisen- und Stahlfabrikation in den gemischten Werken dürfte die

Vertrufung der Montanindustrie — nach amerikanischem Muster — nicht zur Unmöglichkeit gehören. Neuerdings hat sich sogar ein internationales Schienenkartell für alle Länder Europas gebildet, dem auch der mächtige amerikanische Stahltrust mit seinem 6250 Millionen Mark Kapitalwert beizutreten gedenkt. So würde der Welttrust der schweren Eisen- und Stahlindustrie nur noch eine Frage der Zeit sein. Diesen gewaltigen Kapitalmächten gegenüber erfordert es das Zusammenwirken aller Kräfte, wenn die beteiligten Arbeiter nicht erdrückt und rechtlos gemacht werden sollen. Die Arbeiter wie die Allgemeinheit haben sicher Grund, auf ihrer Hut zu sein, damit die Bäume dieser Kartelle, Syndikate und Trusts nicht in den Himmel wachsen.

Die Rentabilität der schweren Industrie. Die Großindustrie hatte in ihren ersten Anfängen wie schon angeführt, mit manchen Schwierigkeiten zu kämpfen. Heute sind diese Kinderkrankheiten überwunden, und zählt dieselbe neben der chemischen zu den meist Gewinn abwerfenden Industrien.

Die Gesamtrentabilität des industriellen Kapitals berechnet Kalwer im Jahre 1900: Bergwerke und Hüttenwerke zu 12,86%, Zement-, Ziegelfabriken, Kalkbrennereien 11,65%, Porzellan, Glas, Steingut 13,90%, Verarbeitung von Metallen 10,20%, Maschinenbau 11,60%, Elektrizität und Gasgesellschaften 8,52%, Chemische Fabriken 11,58%, Textilindustrie 3,38%, Papier- und Gummiabriken 9,28%, Mühlen 6,15%, Brauereien, Brennereien 12,09%, Bauergesellschaften 6,37%. Diese Zahlen seien hier wieder gegeben; da die jetzige industrielle Hochflut der vom Jahre 1900 gleichsteht, oder noch überholt hat, so kann dementsprechend auch die Rentabilität des Kapitals als in gleicher Höhe angenommen werden. Aus den Jahren 1905 und 1906 war die „Nationalzeitung“ in der Lage, die Rentabilität von 2097 Aktiengesellschaften mit einem Nominalaktienkapital von 8046 Millionen Mark zu veröffentlichen. Für dieses Kapital wurde im Jahre 1905 eine Dividendensumme von rund 686 Millionen, eine durchschnittliche Verzinsung von 8,54%, erzielt.

Im Jahre 1906 stellte sich die von denselben Aktiengesellschaften erzielte Gesamtdividende aber auf 744 Millionen Mark, die Durchschnittsverzinsung auf 9,24%. An dieser Verbesserung des Dividendertragnisses um zirka 58 Millionen und durchschnittlichen Zinssteigerung um ca. 1/2% partizipierten besonders sämtliche Branchen des Großgewerbes. In der Hüttenindustrie 12,01 gegen 10,92%, im Bergbau 11,05 gegen 8,68%, bei der Maschinenindustrie 9,56 gegen 8 3/4%, in der Textilindustrie 9,08 gegen 8,40%. Die chemische Industrie mit ihren bekanntlich hohen Reinerträgen ist hier nicht einbezogen. Auch aus dieser Zusammenstellung der Rentabilität ergibt sich, daß die Hütten- und die schwere Industrie die besten Erträge erzielt haben.

Die Lohnverhältnisse in der schweren Industrie

Wie vorstehend nachgewiesen, hat das in der schweren Industrie angelegte Kapital die höchsten Gewinne zu verzeichnen. Es sollte nun als selbstverständlich gelten, daß die Arbeiter für ihre aufreibende Beschäftigung gut oder wenigstens den Verhältnissen entsprechend zufriedenstellend bezahlt würden. Dieses ist jedoch keineswegs der Fall; im Gegenteil müssen bei einem großen Prozentsatz der Arbeiter die Löhne als unzureichend bezeichnet werden. Wenn auch ein Teil der ersten Arbeiter 6, 7, 8, in Einzelfällen bis 10 Mark pro Tag verdient, so ist diese Zahl doch gering gegenüber denjenigen, welche unter 3—4 Mk. verdienen. Außerdem ist die Schwankung zwischen den einzelnen Bezirken eine sehr große. Die auszustehende Hitze, sowie Schwere der Arbeit, erfordert ganz außerordentlich kräftige Nahrung, wenn der Körper nicht vor der Zeit aufgerieben werden soll.

In den heißen Sommertagen ist es fast Regel, daß Arbeiter an den Deisen und Walzenstraßen usw. für eine Mark, ja stellenweise noch mehr, pro Tag allein für Bier und sonstige Getränke ausgeben müssen, um überhaupt die Arbeit aushalten zu können.

Nach den Ausweisen der Berufsgenossenschaften zählten Durchschnittslöhne, d. h. für Vollarbeiter zu je 300 Arbeitstagen im Jahr gerechnet, die Rhein-Weftf. Hütten- und Walzwerks-Berufs-

Table with 4 columns: Bezirk, Jahr, 1904, 1905, 1906. Rows: Essen, Oberbauern, Duisburg.

Table with 4 columns: Bezirk, Jahr, 1904, 1905, 1906. Rows: Düsseldorf, Koblenz, Aachen, Dortmund, Bochum, Gagen, Siegen.

Anzahl der versicherten Personen im Jahre 1906 163 717 Die Süddeutsche Eisen- und Stahl-Berufs-

Table with 4 columns: Jahr, 1904, 1905, 1906. Rows: Zahl der vers. Pers., Löhne pro Kopf.

Nordweiliche Eisen- und Stahl-Berufs-

Table with 4 columns: Jahr, 1904, 1905, 1906. Rows: Zahl der vers. Pers., Löhne pro Kopf.

Sächsi.-thüringische Eisen- u. Stahl-Berufs-

Table with 4 columns: Jahr, 1904, 1905, 1906. Rows: Zahl der vers. Pers., Löhne pro Kopf.

Nordöstliche Eisen- und Stahl-Berufs-

Table with 4 columns: Jahr, 1904, 1905, 1906. Rows: Zahl der vers. Pers., Löhne pro Kopf.

Südwestdeutsche Eisen- und Stahl-Berufs-

Table with 4 columns: Jahr, 1904, 1905, 1906. Rows: Zahl der vers. Pers., Löhne pro Kopf.

Schlesische Eisen- und Stahl-Berufs-

Table with 4 columns: Jahr, 1904, 1905, 1906. Rows: Zahl der vers. Pers., Löhne pro Kopf.

Die chemische Industrie hatte einen Durchschnittslohn von 1061 Mark im Jahre 1906 zu verzeichnen. Die Durchschnittslöhne aller Stahl- und Walzwerksarbeiter in allen Berufs-

Dagegen betragen die Löhne der im Maschinenbau und Feinmechanik beschäftigten Arbeiter im Jahre 1906 1222 Mark; trotzdem in dieser Industrie viel mehr jugendliche Arbeiter und Lehrlinge usw. in Betracht kommen.

Wenn die Durchschnittslöhne der Hütten- und Walzwerkarbeiter auch etwas höher sind wie in manchen anderen Berufen, z. B. Textilindustrie, so darf hierbei nicht übersehen werden, daß letztere mehr als die Hälfte Frauen, Mädchen und jugendliche Personen beschäftigt, während in der schweren Industrie nur die kräftigsten, in der Vollkraft des Lebens stehenden Männer tätig sind.

Ein ungeheurer Kontrast besteht zwischen den Löhnen in den beiden größten Hüttenarbeiterbezirken, Rheinland-Westfalen und

Oberschlesien.

Während der Bezirk Essen 1618 Mark Durchschnittslöhne aufweist, hat Schlesien ganze 886 Mk. pro Kopf und Jahr im Jahre 1905 und 935 Mk. im Jahre 1906 aufzuweisen, nicht einmal 3 Mark pro Tag, während im ersteren über 5 Mark zu verzeichnen sind.

Es muß hier ausdrücklich hervorgehoben werden, daß die Lebensmittel in Oberschlesien entschieden nicht billiger sind wie im Westen.

Aber nur der geringste Teil der Arbeiter in Oberschlesien hat ein wirkliches Jahreseinkommen von 886 Mark, weil in diesen Summen auch die Gehälter der Beamten eingerechnet sind, und 300 Arbeitstage auf jeden Arbeiter in Anrechnung kommen, die aber von den Stahl- und Walzwerkarbeitern nicht erreicht werden, da namentlich in der Sommerzeit nur wenige der genannten Arbeiter die vollen Arbeitstage zu arbeiten in der Lage sind. In den gesamten Stahl- und Walzwerk-Berufs-

Auf der Baildonhütte werden die Löhne für Vollarbeiter ausbezahlt von 2,80 Mk., Zuschläger 2,60 Mark pro Tag; Schlosser 2,50 Mark, Blasarbeiter 2 Mk., Arbeiterinnen 10 Pfg. pro Stunde, Kohlenab-

Silezijahütte, Blendrösterei, Schwefelsäurefabrik, sehr ungesunde Arbeit, beschäftigt unter ihren

800 Arbeitern zirka 100 Arbeiterinnen. Die Arbeiter können es hier schon auf 1,80 Mk. bis 2 Mk. bringen, dritte Männer an der Walze von 2,80 Mk. ab, die Arbeiterinnen erhalten pro Tag eine Mark oder 10 Pfg. pro Stunde.

Friedenshütte beschäftigt zirka 4000 Arbeiter. Stahl- und Walzwerk, Zinkhüttenbetrieb, Hochofen usw. Dritte Männer am Martinofen bei 12stündiger Arbeit 2,80—3 Mk. Sichtarbeiter am Hochofen 3,20 Mark, Erzfahrer 2,60—2,90 Mk. bei zwölfstündiger Schicht. Das Straßensystem ist sehr stark ausgebildet. Wer sich bis drei Tage nach Lohntagen verschläft, das heißt zu spät kommt, wird mit 3 Mk. bestraft. Wer sich in unzufriedener Weise äußert, hat Entlassung zu gewärtigen.

Hohenlohehütte: Zinkhütte, Blendrösterei, Schwefelsäurefabrik. 500 Arbeiter, darunter etwa 50 Frauen resp. Mädchen. Bei der äußerst schweren und ungesunden Arbeit verdient der vierte Mann am Ofen 2,70—3 Mk., Mädchen 1—1,20 Mk., Arbeiter, welche das Material beschaffen müssen, erhalten 2,65 Mk., dagegen Blasarbeiter zweiter Güte erhalten 2,10 bis 2,30 Mark.

Auf einem anderen Werke fand ich Fuhrleute, die schon 25 Jahre in Stellung waren, welche 2 Mk. für eine Arbeitszeit von morgens 1/25 Uhr bis abends 8 Uhr mit 1 1/2 Stunde Mittagspause erhielten, wobei aber in der Mittagspause die Pferde noch zu pflegen waren.

Ähnlich ist die Lohnlage in ganz Oberschlesien. Besonders in den so ungesunden Blei-, Zink- und Säurewerken ist die Bezahlung eine äußerst schlechte, dagegen hat sich der Wert der Produkte enorm gesteigert.

Im Jahre 1900 kostete nach Volz die Tonne Zink 388,86 Mk. Im Jahre 1905 485,13 Mk., also eine Steigerung des Wertes um rund 100 Mk. pro Tonne. Es wurden produziert im Jahre 1900 102 213 Tonnen, im Jahre 1905 129 013 Tonnen. Derselben prazentierten einen Wert im Jahre 1900 von 39 746 450 Mark, dagegen im Jahre 1905 von 62 588 039 Mk. Hinzu kommt noch der Wert an Zinkstaub, Blei, und Cadmium usw.

Die gezahlten Löhne betragen im Jahre 1900 6 539 662 Mk. bei 7682 Arbeitern. Im Jahre 1905 6 961 134 Mk. bei 7711 Arbeitern. Bei der ungeheuren Steigerung des Produktwertes von 39 auf 62 Millionen Mark ist der Lohn fast gleich geblieben. ja sogar noch gefallen. So fiel der Lohn der jugendlichen Arbeiter von 321 auf 274, der der weiblichen Arbeiter von 383 auf 363 Mk. pro Jahr. Also bei der enormen Wertsteigerung der Produkte noch Lohnabzüge, trotz der teuren Lebenslage. In den Zinkblechwalzwerken ist der Lohn der erwachsenen männlichen Arbeiter in diesem Zeitraum gar gefallen von 964 auf 948 Mk., der jugendlichen Arbeiter von 409 auf 387 Mk., der weiblichen von 305 auf 254 Mk. In den Blei- und Silberhütten betrug der Lohn im Jahre 1900 816 Mk., 1905 858 Mk. für erwachsene männliche Arbeiter; für jugendliche 245 Mk. — 288 Mark; für weibliche 317 Mk. — 422 Mk. Dagegen stieg der Wert der Produkte von 10 136 835 auf 16 846 066 Mk. in den gleichen Zeiträumen. Die Arbeiterzahl stieg von 707 auf 915.

Noch schlechter stehen die Verhältnisse bei den Arbeitern der Zinkblenderöststätten. Der Wechsel ist deshalb auch so groß, daß der Verfasser der Statistik der Oberschlesischen Berg- und Hüttenwerke selbst zugesteht, deshalb keine Lohnangaben machen zu können.

Wie sehr sich die Lohnverhältnisse der Hüttenarbeiter zu deren Ungunsten verschoben haben, beweisen folgende Zahlen. Im Jahre 1887 betrug der Durchschnittslohn der Bergarbeiter 567 Mk., der Eisenhüttenarbeiter 661 Mk., der Blei- und Zinkhüttenarbeiter 669 Mk.

Im Jahre 1905 war der Lohn der Bergarbeiter 1019 Mk., der Stahl-, Walzwerk- und Hochofenarbeiter 975 Mk., der Blei- und Zinkarbeiter noch 102 Mark höher stand als der der Hüttenarbeiter gar um 44 Mk. tiefer als der der Bergarbeiter.

Noch schlechter ist es mit den Arbeitern der Röstereien und Schwefelsäuren usw. bestellt. Deren Lohn betrug im Jahre 1891 1044 Mk., dagegen im Jahre 1905 nur noch 999 Mk.

Zweifellos haben die geführten Streiks und Kämpfe der Bergarbeiter im Ruhrrevier usw. günstig auf deren Lohnlage in Schlesien gegenüber den Hüttenarbeitern eingewirkt.

Die Lebenshaltung der meisten ober-schlesischen Arbeiter ist einfach trostlos zu nennen. In keinem anderen Bezirk unseres deutschen Vaterlandes sind die Frauen und Mädchen gezwungen, die schwere, überaus ungesunde Arbeit in den Hütten, Berg-, Blei- und Zinkwerken zu verrichten, als in Oberschlesien. Insgesamt werden in den genannten Werken beschäftigt 12 263 Mädchen und Frauen, resp. Witwen. Davon in den Hütten 3214. Ja sogar in den so gesundheitschädlichen Blei- und Zinkhütten waren im zweiten Quartal 1906 1715 Mädchen und Frauen beschäftigt. Dieselben werden mit zu den schwersten Arbeiten herangezogen, z. B. Mähmaschinen, Koksfahren, Kohlenabladen, ja selbst den schweren Schlackenwagen sieht man sie mit Aufgebot aller Kräfte vor sich herschieben. Das alles für sage und

schreibe eine Wart pro Tag. Demgegenüber bringt es fast wie Pohn, wenn der ostelbische Großagrarter Graf Schwerin-Osmik von der Tribüne des Reichstags bei Gelegenheit der Fleischnotinterpellation einen Direktor sagen läßt: „Sie wissen gar nicht, wie gut meine Arbeiter und deren Familien leben, weit besser als die eines Amtsrichters.“

Wie sich bei 600 oder 700 Mark in Oberschlesien leben läßt, davon habe ich mich in einer ganzen Reihe Familien überzeugen können, besonders wo der Mann allein als Ernährer besteht und eine zahlreiche Familie vorhanden ist. In der Hauseinrichtung fehlt meistens nicht mehr als alles. Schuhe bedürfen Frau und Kinder nicht, sie laufen barfuß. Ein Sonntagskleid ist vielfach ein überflüssiger Luxusgegenstand; zu Hunderten kann man die Kinder mit den selben zerrissenen Kleibern und barfüßig auch des Sonntags herumlaufen sehen. Fleisch ist für eine solche Familie meistens ein unbekannter Begriff. Das „gute Leben“ wird durch folgende Schilderung einer Familie veranschaulicht: Der Mann bekommt des Morgens schwarzen Kaffee mit etwas Schmalz zum Brot; des Mittags entweder eine Brotsuppe oder Kartoffelsuppe oder Mehlsuppe, d. h. Brot oder Kartoffeln oder Mehl in Wasser gekocht, mit etwas Schmalz gefettet. Dann kommt als „Dessert oder Nachtmahl“ Kartoffeln klein gestampft, ebenfalls mit etwas Schmalz zugerichtet. Des Abends in den meisten Fällen wieder schwarzen Kaffee mit Brot, als Ausnahme auch mal ein Stückchen Blutwurst oder Sped.

Mit solcher Lebenshaltung soll ein Mann die schwere Arbeit auf Hüftenwerken, Feuerbetrieben, oder auf den Gießbuden der Blei-, Zink- und Säurefabriken aushalten. Selbstverständlich gibt es auch besser gestellte Arbeiter, deren Zahl ist aber in der Minorität. Der schlechten Ernährung ist es zweifellos zuzuschreiben, daß die Arbeiter Oberschlesiens weniger leistungsfähig sind. Dazu kommt noch eine hundemäßige Sklavensucht, obwohl die meisten Leute nichts anderes zu verlieren haben als ihre Armut und Elend. — Der Großgrundbesitz und die Fendalsherrschaft haben bei dem Volke kein freies Selbstbewußtsein aufkommen lassen, die heutigen Zustände sind die Folgen.

Oberschlesien vor allem sollte auch denjenigen ein warnendes Beispiel sein, die da glauben, ohne gewerkschaftliche Organisation, ohne gewerkschaftlichen Kampf von dem Kapitalismus bessere Verhältnisse für die Arbeiter erzielen zu können.

Die obereschlesische Industrie hat viel weniger Katastrophen zu bestehen gehabt, wie anderwärts, zum Beispiel in Rheinland-Westfalen. Dieselbe prosperiert außerordentlich gut und ist deshalb auch in der Lage, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen gewähren zu können.

Saarablen und Vornamen.

Auch im Saargebiet und Lothringen, wo fast nur schwere Industrie und große Hüftenwerke in Frage kommen, steht der Lohn hinter Rheinland-Westfalen zurück; aber auch hier ist derselbe für Zehntausende von Arbeitern zu niedrig.

Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Löhne in den Hüftenwerken nicht im Verhältnis stehen zu der schweren und aufreibenden Arbeit, noch viel weniger zu den hohen Dividenden, welche die Werke abwerfen.

Es ist gewiß ein starkes Stück, wenn zum Beispiel die Iseder Hütte in einem Jahre 4648087 Mark oder rund 105 Prozent Reingewinn hatte bei nur 3989400 Mark Löhne und Gehälter, Hierbei waren noch Arbeitslöhne von 250 M. pro Tag zu verzeichnen. Die Herren von der schweren Industrie wissen genau, was sie wollen, wenn sie überall mit zweifelhaften Wohlfahrtseinrichtungen, Niederhaltung und Bekämpfung der Organisation, Sperrmaßnahmen usw. vorgehen. Der Zweck ist, einen willigen und billigen Arbeiterstand zu erhalten. Es ist für die Großindustrie beschämend, daß sie niedrigere Löhne zahlt, als es in der Kleinenindustrie der Fall ist. Die Arbeiter in der Kleinenindustrie sind zum größten Teil organisiert, deshalb daselbst die besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen. Dagegen die Arbeiter der schweren Industrie waren seither dem Organisationsgedanken nicht zugänglich, höchstens ließen sie sich für gelbe Gewerkschaftsimpelen mißbrauchen, daher auch ihre jammervolle Lage. In der Gegenüberstellung der Löhne beider Industrien zeigt sich so recht der Mangel einer Organisation bei den Hüften- und Walzwerksarbeitern. Es zeigt auch, daß ohne gewerkschaftlichen Kampf von dem Kapital nichts zu erreichen ist und daß es freiwillig den Arbeitern keine Aufbesserung gewährt. (Fortf. folgt.)

Die Sozialpolitik auf dem Festmahl der Scharfmacher.

Anlässlich der Generalversammlung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, über die wir in der vorigen Nummer berichteten, fand abends das übliche Festmahl statt, an dem auch mehrere Minister teilnahmen. Geh. Kommerzrat Kirbors bezürzte die Ehrenäste und hielt dann eine Rede.

Die Herren von den rechten Ausführungen in Mannheim (dort sagte er bekanntlich, die Christlichen seien noch schlimmer wie die Sozialdemokraten) furchtbar ähnlich steht. Er betonte die Notwendigkeit der Geschlossenheit innerhalb der Industrie, besonders des geschlossenen Kampfes gegen die Umsturzparteien. Der Umsturz gehe aber nicht nur von den Sozialdemokraten aus, sondern auch von anderen Arbeiterorganisationen, deren Zweck es sei, Feindschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu säen. Dieser Bewegung gegenüber müßte der Herrenstandpunkt gewahrt bleiben; es sei nach ihrer Ueberzeugung richtig gehandelt und die Leiter der Industrie nehmen keine andere Stellung ein, als daß sie die Leiter der Industrie seien. Darauf antwortete der Handelsminister Dr. Delbrück folgendes:

„Es liegt in der Natur der Dinge, daß der Unternehmer in berechtigtem Stolze auf das, was unsere Industrie geleistet hat, in dem berechtigten Bewußtsein seiner Intelligenz und in dem Bewußtsein, das Beste des Vaterlandes zu wollen, auch mehr für sich verlangt, als vielleicht andere ihm zugestehen wollen, und als die Staatsregierung ihm zugestehen kann, wenn sie nicht die ihr sonst noch anvertrauten Interessen in den Hintergrund treten lassen will. Nun hat der heutige Tag ja zweifellos eines gezeitigt, nämlich die ausgesprochene Erklärung der Herren Vertreter der gesamten deutschen Industrie, daß sie fest geschlossen ist, auf dem Gebiete der Sozialpolitik nicht zu negieren, sondern mitzuarbeiten, nicht zu verweigern, sondern zu geben. Streik besteht nur über das Maß dessen, was eventuell verjagt werden muß. Aber auch darüber sind wir einig, als es den Anschein hat. Wenn Herr Geheimrat Kirbors vorhin darüber gelaugt hat — meines Erachtens mit Recht gelaugt hat, ich teile seine Auffassung — daß die gesamten bürgerlichen Parteien, daß die gesamte bürgerliche Presse in allen Fällen eo ipso auf der Seite der geschworenen Feinde der Großindustrie und des Unternehmertums stehen, so liegt das nach meiner Ansicht nicht in der sachlichen Stellung, in der die Herren den sozialen Fragen gegenüberstehen, sondern es liegt in der Art ihres Aufmarsches, es liegt in den Formen des Kampfes, die sie aus einer früheren Zeit mit hinübergewonnen haben, und auch hier liegt der Uebergang zu einer anderen Zeit in dem, was Herr Geheimrat Kirbors am Schlusse seiner Ausführungen gesagt hat. Er hat nämlich gesagt: „Wir wollen Herren in unserem Hause bleiben.“

Meine Herren, dieses Wort vom „Herrn“ hat Ihnen mehr geschadet in der öffentlichen Meinung, als manche bittere Tat es jemals hätte tun können, und daß Ihnen das so geschadet hat, bedauere ich umso mehr, als Sie damit etwas anderes meinen, als man im allgemeinen darunter versteht. Es liegt jedem großen Unternehmer — und ich gehöre als preussischer Handelsminister mit zu den größten, völlig fern, ein mittelalterliches Verrentum unseren Arbeitern gegenüber aufrecht zu erhalten. Es liegt uns völlig fern, den freien Willen des einzelnen Bürgers so, wie er sich verfassungsmäßig und nach den Auffassungen unserer Zeit entwickelt hat, zu beschränken, auch wenn er unser Arbeiter ist. Wir wollen auch nicht die Herren sein, sondern wir wollen, wie Hr. Kirbors am Schlusse seiner Ausführungen gesagt hat, der erste Arbeiter unserer Betriebe, die Kameraden unserer Arbeiter sein. (Sehr gut! und bravo!), und wir wollen unseren Arbeitern gegenüber nicht den Herrenstandpunkt vertreten, sondern wir wollen das Maß von Kommandogewalt haben, das der höhere Offizier über den niederen Offizier, unser „Ann uagqy qun puq uapqos aupal aqun uapqaz aq nicht der Betrieb in Ehren gehen soll. (Lebhafte Zustimmung). Dabei sollen und wollen wir aber die Kameraden unserer Arbeiter sein, und, wenn wir es verstehen, dieses Maß der Kameradschaft zu erzielen, das unseren Offizieren einen viel größeren Einfluß über ihre Mannschaften gibt als die eisernen Bande der Disziplin, dann sind wir über die größten Schwierigkeiten hinweg.

Es handelt sich nicht so sehr um die einzelnen Fragen, um die gefochten wird. Daß diese Streitigkeiten, liegt in der Natur der Dinge. Es handelt sich auch nicht um die Mittel, um die gefochten wird, sondern es handelt sich hüben und drüben eigentlich nur um die Anerkennung eines gewissen Standpunktes, und da ist der Einigungspunkt gefunden in den letzten Worten des Hrn. Geheimrats Kirbors. Wenn es uns gelingt, als Unternehmer und erste Arbeiter der Betriebe gleichzeitig die Kameraden der Arbeiter zu sein, dann werden die Aufgaben in der Hauptsache gelöst sein, die zu lösen Ihnen und uns obliegt, und Ihnen und uns zu lösen gleichmäßig am Herzen liegt, denn wir sind darüber einig, daß, wenn Sie Ihren Standpunkt vertreten, Sie ihn nicht vertreten vom Standpunkt des Herrn, sondern daß Sie ihn vertreten, weil Sie die Ueberzeugung haben, daß die Stärke unseres Vaterlandes beruht auf einer leistungsfähigen Industrie, und daß diese leistungsfähige Industrie nur in der Lage ist, das zu bieten, was sie ist, wenn ihr nicht die Mittel der Konkurrenzfähigkeit dem Auslande gegenüber genommen werden (Sehr richtig!), und, insoweit haben Sie recht. Ueber die Einzelheiten der Ausführungen werden wir uns einigen.“

Wasch mit dem Pelz, aber mach ihn nicht naß! Dieses Wort kann man auf die „Sozialpolitik“ der Scharfmacher doppelt unterstreichen, und im wesentlichen auch auf die Tendenz dieser Ministerrede anwenden. Herr Delbrück mag gewiß in keiner beneidenswerten Lage gewesen sein. Man merkt es seinen Ausführungen deutlich an, wie peinlich ihm die Notwendigkeit gewesen ist, dem von Herrn Kirbors vertretenen Herrenstandpunkt entgegenzutreten zu müssen, und wie er sich daher Mühe gibt, die Worte Kirbors anders und günstiger zu deuten bezw. den Eindruck, den diese Worte nach außen hin machen müssen, abzuschwächen. Daher der Vergleich mit der Kommandogewalt, die der Offizier über seine Soldaten haben muß, wenn nicht der Betrieb in Ehren stehen soll.

Dieser Vergleich liegt ganz neben der Sache, schreibt zutreffend die „Köln. Volkszeitung“. Wenn Herr Kirbors und seine Gesinnungsgenossen mit der Betonung des Herrenstandpunktes nichts anderes sagen wollten, als daß sie die Leitung ihrer Betriebe fest in der Hand behalten wollen, so würde kein vernünftiger Arbeiter etwas dagegen einzuwenden haben.

Aber diese Betonung des Herrenstandpunktes besagt etwas anderes. Sie richtet sich gegen die berechtigten Ansprüche des Arbeiters, über die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, soweit seine Person dabei in Frage kommt, mitzubestimmen, sie richtet sich gegen die konstitutionelle Arbeitsverfassung, gegen das Streben nach tariflicher Regelung des Arbeitsvertrages und daher schließlich gegen die Organisationen der Arbeiter. Daß Hr. Kirbors es so meint, hat er ja nicht nur früher deutlich genug bekundet, er hat es auch jetzt wieder gesagt, indem er nach dem Bericht des Wolffschen Telegraphenbureaus äußerte: „Der Umsturz gehe nicht nur von den Sozialdemokraten aus, sondern auch von anderen Arbeiterorganisationen, deren Zweck es sei, Feindschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu säen.“

Wie das „Herr im Hause bleiben“ gemeint ist, hat ferner in den Verhandlungen des Zentralverbandes Generalsekretär Bued scharf zum Ausdruck gebracht; er beanspruchte für den Arbeitgeber „das volle, unantastbare Recht, das Arbeitsverhältnis mit seinen Arbeitern unter Ausschluß aller außen stehenden Elemente zu regeln“ — also Ablehnung der Vermittlung durch Organisationen und deren Beamte — und sprach sich gegen jede Erweiterung des Koalitionsrechts aus. Demgemäß wird auch in den gefaßten Beschlüssen (vergl. die vorige Nummer des Deutschen Metallarbeiter. Red.) gegen die Förderung der Tarifverträge und Erweiterung des Koalitionsrechts protestiert und für unbedingt erforderlich erklärt, daß die „verbündeten Regierung tunlichst bald und energisch besorgt sind, durch gesetzliche Maßnahmen die Freiheit der Arbeit wirkungsvoller, als es bisher geschehen ist, zu schützen, damit die der Sozialdemokratie und ihren Gewerkschaften noch nicht verfallenen Arbeiter von der Schreckensherrschaft dieser Partei und ihren Organisationen zu befreien“.

Also statt Erweiterung und Sicherung des Koalitionsrechts — der grundlegenden Forderung der christlich-nationalen Arbeiterschaft seit dem Frankfurter Arbeiterkongreß von 1903 — der Ruf nach einer neuen „Richtungsborlage“. Angesichts dieser schroffen Stellungnahme wäre eine deutlichere und entschiedener Anwort des Ministers wohl am Platze gewesen; insbesondere hätte er auch Veranlassung nehmen dürfen, die christlich-nationalen Arbeiterorganisationen gegen den von Herrn Kirbors erhobenen Vorwurf der „Umsturzbestrebungen“ und der „Feindschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ in Schutz zu nehmen. Minister Delbrück hat das nicht für nötig gehalten. Mit den Zentralindustriellen will die Regierung es anscheinend nicht verderben.

Soll eine energische Weiterführung der Sozialreform aber von der Mitarbeit oder gar von der Zustimmung der Herren Kirbors und Bued abhängig sein, dann kann die deutsche Arbeiterschaft noch lang warten. Dann würden wir auf dem nächsten christlich-nationalen Arbeiterkongreß vor der wenig erfreulichen Tatsache stehen, daß neben den Forderungen des Frankfurter auch die des Berliner Kongresses noch immer nicht erfüllt wären. Das wäre aber nicht nur im Interesse der Arbeiterschaft, sondern auch im Interesse von Staat und Gesellschaft aufs tiefste zu bedauern.

Neben Bued und Kirbors würden nur die Sozialdemokraten darüber Freude und Genugtuung empfinden und auch ihre Geschäfte dabei machen können.

Die christlich-nationale Arbeiterschaft darf jedoch von der Staatsregierung erwarten, daß sie mehr auf das Wort der Arbeiter als auf das der Scharfmacher hört und nicht nur schöne Worte, sondern auch praktische Taten sehen läßt. Die diesbezüglichen Versprechungen des Staatssekretärs von Bethmann-Hollweg und des Reichskanzlers Fürsten Bülow geben uns ein Anrecht zu dieser Erwartung.

Für die christlich gesinnten Arbeiter und Arbeiter aber gilt es jetzt, unsere Organisationen auszubauen, unsere Zahlen zu vermehren. Je stärker wir sind, umso schwerer fällt unser Wort in die Waagschale, um so mehr können wir der Regierung den Rücken steifen und sie auf dem Gebiete der Sozialpolitik zübeln und drängen. Im Hinblick auf die Sirenenanfänge der Scharfmacher aber rufen jetzt schon über eine Million christlich-nationaler Arbeiter der Staatsregierung zu: Landaraf werde hart!

Zur Hüften- und Walzwerksarbeiter-Bewegung.

Die Verdienste des zentralen Metallarbeiterverbandes um einen durchgreifenden gesetzlichen Schutz für die Arbeiter der Großindustrie sind unsern Genossen im sozialdemokratischen Lager furchtbar un-

legent. Schon nach der abendlichen Kundgebung der Hütten- und Walzwerksarbeiter-Konferenz am 1. August in Duisburg setzte die gegnerische Kritik ein, um das Verdienst des christlichen Metallarbeiterverbandes abzustreiten und den sozialdemokratischen Verband als den Bahnbrecher in dieser Frage hinzustellen.

Daß wir es hier mit einer plumpen Geschichtsfälschung zu tun haben, ist an dieser Stelle schon wiederholt nachgewiesen worden.

Noch unbequemer ist den Sozialdemokraten das nachtsvolle Eintreten des zweiten christlich-nationalen Arbeiterkongresses in Berlin zugunsten der Arbeiter in der schweren und gesundheitsgefährlichen Industrie. Begleuten läßt sich die Bedeutung dieser Kundgebung nicht gut, deshalb suchen die sozialdemokratischen Stimmungsmacher nach andern Angriffspunkten, um die Massen irrezuführen. Das Referat unseres Verbandsvorsitzenden Wieber, das nach den Mitteilungen eines bürgerlichen Blattes von einem offiziellen Regierungsvertreter als die beste und vorzüglichste Arbeit bezeichnet wurde, die bisher in dieser Frage vorliegt, kann den Gegnern keinen Stoff zur Kritik bieten. Daher sind sie auf einen andern Erld verfallen. Jetzt versuchen sie die Tätigkeit der christlichen Arbeiter mit der Behauptung in Mißkredit zu bringen, Wieber als Referent und demnach der ganze Kongreß habe „nur Erhebungen“ verlangt, um ja den Unternehmern nicht wehe zu tun. Indirekt wird dem Vorgehen der christlichen Arbeiterhaft damit der Vorwurf der absichtlichen Verschleppung gemacht.

Zuerst hat diesen Vorwurf der „Vorwärts“ erhoben und anscheinend damit den Ton für seine Nachfolger angegeben. Dem „Vorwärts“ haben wir schon im Leitartikel unserer Nr. 44 eine Antwort erteilt, die an Deutlichkeit wenig zu wünschen übrig läßt.

Jetzt kommt die sozialdemokratische „Metallarbeiter-Zeitung“ Nr. 45 und tücht ihren Lesern dieselbe Verlegenheitskost mit etwas anderer Sauce auf.

Der Artikel ist D. S. gezeichnet (Otto Hue, Reichsagsabgeordneter). Herr Hue schreibt:

„Zu unterzeichnen ist, daß der sonst oft radikale Durchdringer Wieber beiseitend erst Erhebungen beantragt über die Hüttenwerkzustände. Herr Giesberts schloß sich demselben an und bemerkte dazu, die Erhebungen würden sehr lange dauern; also erst noch jahrelange Erhebungen nach verhängten Mustern.“

Das letztere ist falsch. Kollege Giesberts bemerkte auf dem Kongreß gegenüber einer in der Debatte gefallenen Äußerung, es könne innerhalb Jahresfrist der Hüttenarbeiterschutz gesetzlich nicht geregelt sein, daß man so schnell in Preußen-Deutschland nicht arbeite. Die Erhebungen selbst würden wohl mindestens ein Jahr in Anspruch nehmen. Diese müßten aber möglichst beschleunigt werden und die Arbeiterabgeordneten im Reichstage würden ihrerseits auf eine Beschleunigung mit aller Entschiedenheit hinarbeiten.

Die von Hue gebrauchte Wendung, „der sonst oft radikale Durchdringer Wieber habe beiseitend erst Erhebungen beantragt“, ist furchtbar kleinlich, und nur auf die Dummen berechnet. Raffiniert mag eine solche Taktik sein, aber ehrlich ist sie nicht. Wenn irgend einer im sozialdemokratischen Lager, dann hat Hue das Referat Wiebers und die einschlägigen Forderungen des christlichen Metallarbeiterverbandes wie des Berliner Kongresses aufmerksam durchgelesen und er weiß ganz genau, was von christlicher Seite gefordert wird.

Für jeden denkenden Arbeiter — und dazu dürfen wir doch auch Otto Hue rechnen — ist es jedoch selbstverständlich, daß Wieber und der Kongreß nicht gegen den einstimmigen Beschluß des Reichstages, Erhebungen seitens der Regierung zu veranlassen, Front gemacht haben, sondern die halbige Ausführung dieses Beschlusses nur gutheißen können.

Dabei befindet sich die christlich-nationale Arbeiterhaft in der „guten“ Gesellschaft der sozialdemokratischen Partei des Reichstages, die ebenfalls und zwar durch Herrn Hue selbst die Forderung auf Erhebungen stellte. Herr Hue hat in der 36. Sitzung des Reichstages vom Jahre 1906 in einer längeren Rede selbst die Notwendigkeit dieser Erhebungen begründet. Er führt dabei aus:

„Ich bin ferner im Einverständnis mit dem Vorstande des Deutschen (sozial.) Metallarbeiterverbandes in der Lage, der Reichsregierung vorzuschlagen, in kürzester Zeit eine Untersuchung, eine Enquete vorzunehmen, inwieweit durch die arbeitsstatistische Kommission über die Lage in der beschriebenen Industrie, und zwar zwecks Einleitung einer umfassenden Schutzgesetzgebung für diese Arbeiter.“

Nach Verlesung des Wortlautes der eingebrachten Resolution fügt Herr Hue hinzu:

„Meine Herren! Ich hoffe allerdings nach den früheren Erörterungen nicht, daß die Reichsregierung baldigst eine Enquete veranlaßt. . . . Ich kann Ihnen das Versprechen geben, daß der Deutsche (sozial.) Metallarbeiterverband eine sämtliche Funktionen anweisen wird, bei dieser arbeitsstatistischen Erhebung über die Verhältnisse in der Eisen- und Stahlindustrie in der weitgehendsten Weise auf Kosten der Organisation an die Hand zu gehen.“

Also der große Sozialpolitiker Hue glaubt nicht, daß die Regierung die Erhebungen veranlassen wird, aber trotzdem stellt er die Erhebungen und stellt

sogar für die nichterwarteten Erhebungen die Mitarbeit des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Aussicht. Mehr kann man wirklich nicht verlangen. Herr Hue hat aber wohlweislich verschwiegen, daß der Abgeordnete Kollege Giesberts in der 39. Sitzung vom 9. Februar sich ebenfalls auf den Standpunkt der Erhebungen gestellt hat und die Resolution der sozialdemokratischen Partei zur Annahme empfohlen hat unter Hinweis darauf, daß der christliche Metallarbeiterverband auf seiner Generalversammlung im Jahre 1904 mit aller Entschiedenheit einen größeren Schutz der Walz- und Hüttenwerksarbeiter verlangt hat.

Da die Sozialdemokratie aber stets etwas besonders fordern muß, so verfiel sie im laufenden Jahre auf den Gedanken, die Erhebungen überhaupt fallen zu lassen und brachte eine Resolution ein, in der Bundesratsverordnungen zum Schutze der Walz- und Hüttenwerk-Arbeiter verlangt wurden. Vorher hatte die Zentrumsparlei eine Resolution eingebracht, in der in gleicher Weise Erhebungen verlangt wurden, und auf Grund der Erhebungen eine entsprechende Bundesratsverordnung.

Für diese Resolution hat die Sozialdemokratie geschlossen gestimmt, denn sie wurde einstimmig angenommen, mithin hat sich die Sozialdemokratie in Wirklichkeit im Sinne von Hue an der angeblichen Verschleppungspolitik beteiligt.

Wie wenig ernst es aber der Sozialdemokratie in Wirklichkeit bei der ganzen Angelegenheit war, beweisen die Ausführungen des Abg. Sebering, der in der 32. Sitzung am 18. April 1907 die Hüttenarbeiterfrage behandelte anstelle von Hue. Herr Sebering führte, nachdem er die Forderung auf eine Bundesratsverordnung erhoben hatte, unter anderem aus:

„Aber wenn schon die Reichsregierung der Ansicht ist, daß ohne sorgfältige Erhebungen diese Verordnungen nicht erlassen werden könnten, dann ist es nach meiner Auffassung und nach der Auffassung meiner Freunde durchaus nicht angebracht, mit den Erhebungen das preussische Handelsministerium zu beauftragen. Die Arbeiter haben zu dem preussischen Handelsministerium so wenig Vertrauen, daß sie der Ansicht sind, daß die vom Handelsministerium zu veranlassende Enquete nur die einseitigen Ansichten der Unternehmer zutage fördern würde. Wir verlangen deshalb, daß die Erhebungen vorgenommen werden vom Beirat für Arbeiterstatistik, weil dann auf Grund des kontraktlichen Verfahrens Unternehmer und Arbeiter gehört werden könnten. . . . Meine Herren! Wir sind der Ansicht, daß auch bei der von der Zentrumsfraktion geforderten Enquete über die Verhältnisse in den Hütten- und Walzwerkbetrieben der preussische Minister für Handel und Gewerbe ebenfalls zu einer betriebligen Anschauung kommen wird. Meine Herren, wenn die Reichsregierung zuverlässiges Material über diese Sache wünscht, dann kann ich hier erklären, daß die gesamten Arbeiterorganisationen, insbesondere der Deutsche Metallarbeiterverband, der hier in Frage kommt, seine tätige Mithilfe der Arbeit der Reichsregierung angebotigen lassen würde. Heute haben wir über die Verhältnisse der Hütten- und Walzwerkindustrie keine zuverlässigen Angaben.“ (Stenogr. Bericht S. 877.)

Also auch Herr Sebering gibt hier deutlich zu erkennen, daß ihm solche Erhebungen durchaus erwünscht sind. Er stellt auch wieder die Mitarbeit des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes für diese angebliche Verschleppungspolitik in Aussicht. Wie kommt nun Herr Hue dazu, den christlichen Arbeitern solche Vorwürfe zu machen? Dieses sozialdemokratische Mandat kann doch nur noch ganz Dumme täuschen, um mit Herrn Hue selbst zu reden.

Im Ernst wird doch kein ernsthafter Sozialpolitiker behaupten, daß das vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband dem Reichstag vorgelegte Material und Hue's Ausführungen im Reichstage eine genügende Unterlage bieten für eine gesetzliche Aktion. Die Denkschrift des sozialdemokratischen Verbandes besteht in einigen Artikeln aus der sozialdemokratischen Metallarbeiter-Zeitung, die u. a. eine sehr gehässige Polemik gegen den Abgeordneten Stöcker enthalten und in der weiteren Wiedergabe eine sehr oberflächliche Umfrage über die Zustände auf den verschiedenen Hüttenwerken. Dem ganzen Material merkt man es an, daß es nicht auf einem ausgedehnten Fragebogenmaterial beruht, sondern auf einer bloßen Umfrage aufgebaut ist. Auf einem solchen lächerlichen Material lassen sich jedoch keine Gesetze aufbauen, was selbst der Abg. Sebering durch seine Stellungnahme wenigstens indirekt bestätigt hat.

Ähnliche Erhebungen, deren Beschleunigung von den christlichen Korporationen mit Nachdruck gefordert wird und bei denen nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter selbst gehört werden müssen, können eine Basis für den Ausbau des Arbeiterschutzes schaffen und deshalb haben die christlichen Arbeiter den diesbezüglichen Beschluß des Reichstages begrüßt und unterstützt, wie es auch Hue und Sebering getan haben.

Die unmotivierten Verdächtigungen und Angriffe auf die christlichen Arbeiter haben ihren letzten Grund in dem Kerger, daß durch die Aktion des christlichen Metallarbeiterverbandes und des Berliner Arbeiterkongresses den Genossen der Wnd aus den Segeln genommen ist, und sie sich bei den Hütten- und Walzwerk-Arbeitern nicht als die allein wahren und wirklichen Arbeitervertreter aufspielen können. Es ist aber ein gefährliches Spiel, was Herr Hue und Genossen treiben, das nicht gewonnen ist, die Interessen der

Hüttenarbeiter zu fördern, sondern im Gegenteil, sie aufs schwerste zu schädigen.

Wenn es den Genossen wirklich um die Interessen der Hütten- und Walzwerksarbeiter zu tun wäre, dann müssen sie sich doch freuen, daß von christlicher Seite so nachdrücklich und energisch für diese gedrückt und von der Gesetzgebung vernachlässigte Arbeitergruppe eingetreten wird. Statt dessen aber nur Untempellungen, Verleumdungen und Fälschungen. Das kennzeichnet mehr wie alles andere die Schwundtätigkeit der Sozialdemokratie.

Die große Mehrzahl der Hütten-, Stahl- und Walzwerksarbeiter aber werden das rote Spiel durchschauen; sie werden erkennen, auf welcher Seite ehrlich und ohne Hintergedanken für sie eingetreten wird und sich dort auch ihre tatsächlichen Interessenvertretung suchen, das ist der christliche Metallarbeiterverband.

Soziale und gewerkschaftliche Rundschau.

Die Krise

im Wirtschaftsleben kann nicht mehr abgeleugnet werden. Schlanke Nachrichten kommen aus Amerika, wo in den letzten Wochen ein gewaltiger Bankrott auch schon große industrielle Werke mit in den Strudel des Zusammenbruchs gezogen hat. Massenentlassungen von Arbeitern sind die Folge davon gewesen.

Diese Vorkommnisse können auf unsere so wie so schon niedergehenden deutschen Verhältnisse nicht ohne Einwirkung bleiben und die damit im Zusammenhang stehende weitere Spannung des Geldmarktes bedeutet für unsere Verhältnisse eine schwere Gefahr. Der Zinsfuß der Reichsbank ist auf die gewaltige Höhe von 7 1/2 Prozent hinaufgeschraubt, um das Geld im Inlande festzuhalten. Für Industrie und Gewerbe ist das ein ungezunder und gefährlicher Zustand.

Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich im letzten Monat weiter verschlechtert. Die gut unterrichtete Köln. Wtzg. meldet in ihrer Nr. 983 folgendes darüber: „Nachdem im September eine zweifelloso ungünstige Wendung in der Lage des deutschen Arbeitsmarktes sich vollzogen hatte, mußte man auf die weitere Gestaltung der Verhältnisse im Oktober um so gespannt sein, als die zunehmende Krisis auf dem internationalen Geldmarkt sowie der Druck in einem Teil des deutschen Eisengroßgewerbes die schlimmsten Befürchtungen wegen des weiteren Verlaufes hervorriefen. In der Tat hat im Vergleich zum Vorjahr, wie es nach der Lage im September nicht anders zu erwarten war, die Verschlechterung angehalten, aber, was das wichtigste für die Beurteilung der Lage im Oktober bildet, die Zunahme des Andranges, die von September auf Oktober in jedem Jahre festzustellen ist, war keineswegs so stark, wie in einem der früheren Krisenjahre. An den öffentlichen Arbeitsnachweisen, soweit sie an die Veröffentlichung der Monatschrift des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise Der Arbeitsmarkt angegeschlossen sind, kamen nämlich auf 100 offene Stellen im Oktober 1907 123,1 Arbeitssuchende, gegen 101,1 im September. Die Zunahme des Andranges beläuft sich danach für je 100 offene Stellen auf 22,0 Arbeitssuchende. Seit dem Jahre 1896 stellte sich die Zunahme im Oktober in den einzelnen Jahren wie folgt:

1896 . . .	13,7	1902 . . .	40,7
1897 . . .	11,8	1903 . . .	14,1
1898 . . .	16,5	1904 . . .	15,7
1899 . . .	10,0	1905 . . .	26,1
1900 . . .	24,8	1906 . . .	20,3
1901 . . .	50,6	1907 . . .	22,0

Als wirkliche „Krisenjahre“ können die Jahre 1901 und 1902 angesehen werden. Sie brachten ganz bedeutende Steigerung des Andranges im Oktober, während die des Jahres 1907 zwar schon hoch ist, aber nicht viel höher, als im Jahre 1906 und sogar niedriger, als im Jahre 1905. Nichtsdestoweniger bleibt stärkeres Angebot von Arbeitskräften, als im Oktober des Jahres 1906, bestehen, da eben die Verschlechterung im September nicht mehr wett gemacht werden konnte. Im Oktober des vorigen Jahres kamen nämlich auf 100 offene Stellen nur 107,5 Arbeitssuchende. Jetzt kann schon mit ziemlich großer Sicherheit auf Grund langjähriger Beobachtungen des Arbeitsmarktes mit stärkerer Arbeitslosigkeit in den bevorstehenden Wintermonaten gerechnet werden.“

Jetzt beginnt für die Arbeiterorganisationen eine der wichtigsten Aufgaben ihrer Tätigkeit. Bei den gegenwärtigen Organisationsverhältnissen, wegen der noch übergroßen Zahl der Indifferenten wird es zwar nicht möglich sein, alle Lohnreduzierungen und sonstige Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse, die sich stets mit der Krise für die Arbeiter einstellen, vollständig hintanzuhalten und abzuwehren. Aber mildern kann die Organisation die Schläge, die der Arbeiterhaft von dem wirtschaftlichen Niedergang drohen. Vor allem unterstützt sie die Arbeitslosen, die am schwersten Betroffenen. Die Organisation wird ferner darauf hinwirken, daß Heber die Arbeitszeit herfürzt wird, als Tausende von Kollegen entlassen und gänzlich arbeitslos werden.

Das alles macht die Organisation für die Arbeiter in der schweren Zeit noch viel notwendiger und segensreicher, wie in den Jahren der guten Konjunktur. Deshalb muß jetzt immer mehr für jeden Arbeiter die Erkenntnis durchdringen, daß es mehr wie je heißen muß: Stärkt die Organisation, hinein in den christlichen Metallarbeiterverband!

Den Berlinern ins Stammbuch

Schreibt die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, (Organ der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands) folgendes unter der Überschrift: Die Reformierchen.

Das ist das Schlimmste nicht, daß die Vertreter katholischer Arbeitervereine „Sitz Berlin“ auf gewerkschaftlichem Gebiete andere Wege gehen, wie die katholischen Arbeitervereine Süd- und Westdeutschlands — die wirtschaftlichen Tatsachen werden die verwirrten Anschauungen der Arbeitermitglieder der katholischen Fachabteilungen mit der Zeit schon korrigieren — aber die Herren, die den Berliner „Arbeiter“ schreiben, lebten sich vor Anfang an in den Gedanken hinein, sie stellen das Urbild des Katholiken dar. Was neben ihnen steht, was für christliche Gewerkschaften spricht, das könne in katholischer Hinsicht nicht als „Boll“ angesehen werden. Diejem Gedanken hat man in Kreisen der katholischen Fachabteilungen schon so oft und so eindringlich Ausdruck verliehen, daß es mancherorts zu den beklagenswertesten Auseinandersetzungen unter den katholischen Arbeitern gekommen ist.

In seiner neuesten Nummer (45) macht der Berliner „Arbeiter“ wieder Andeutungen, die so eindeutig und heimtückisch sind, daß wir sie trotz unserer Bemühens, die Berliner eben Berliner sein zu lassen, nicht ignorieren können. Der „Arbeiter“ stellt zunächst das „Reich“ — bekanntlich ein evangelisch-soziales Blatt; etwas anderes hat es u. B. nie sein wollen — als ein Organ hin, „das seine Abkommen auch in den Reihen derjenigen katholischen Arbeiter, die den christlichen Gewerkschaften angehören, gesucht und gefunden hat.“ Dann sucht der „Arbeiter“ in alten und neuen Nummern, im Annoncen-Teil (!) und im Textteil des „Reich“ Material zusammen, in dem gegen katholische Auffassungen verstoßen wird, um dann weiter zu fahren:

„Wenn aber ein Organ für katholische Arbeiter, das in jeder Nummer für ein Zusammengehen evangelischer und katholischer Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften eintritt, solche Taktlosigkeiten in einem führenden evangelischen, „christlich“ gesümmten Blatte nicht rügt, so läßt das einen doppelten Schluß zu: entweder man fühlt solche Hiebe nicht mehr, man empfindet nicht mehr die Schmach, die durch solches Gebahren unserer Kirche, unserer Mutter, angetan wird, oder — man verschweigt sie geistlich, damit den katholischen Arbeitern, die man in diese christlich-interkonfessionellen Gewerkschaften mit allen Mitteln geführt hat, die Augen nicht aufgehen.“

Der Berliner „Arbeiter“ scheint der Meinung zu sein, diese heimtückischen Andeutungen herleiten etwas von ihrer Erbärmlichkeit, wenn er uns nicht mit Namen nennt. Im Gegenteil!

Wir betonen, das „Reich“ ist ein evangelisches Blatt, und wenn es katholische Arbeiter gibt, die es halten, so können und werden sie es selbstverständlich nicht tun, in ihrer Eigenschaft als Katholiken, sondern weil sie im „Reich“ ein auf sozialem Gebiet orientiertes Blatt erblicken (was man ja beispielsweise dem Berliner „Arbeiter“ nicht nachsagen kann). Daß das Urbild, das man behauptungsweise in evangelischen Kreisen vom Katholizismus und den Einrichtungen der katholischen Kirche hat, auch im „Reich“, als einem evangelischen Blatt, sich wieder spiegelt, das muß man ebenso behaupten, wie es menschlich begreiflich ist. Was würde der Berliner „Arbeiter“ sagen, wenn es dem „Reich“, vor Zusammentritt des christlich-nationalen Arbeiterkongresses in Berlin eingefallen wäre, den „Arbeiter“ daraufhin zu untersuchen, was er vom Protestantismus sagt, um hieraus etwa den Schluß zu ziehen, Also kann uns nicht zugemutet werden, mit solchen Deuten gemeinsam zu tagen?

Dem Berliner „Arbeiter“ sind wir selbstverständlich keinerlei Antwort schuldig auf die Frage, warum wir „Taktlosigkeiten“ des „Reich“ nicht zum Gegenstand tiefsinniger Betrachtungen machen. Die Herren vom Berliner „Arbeiter“ haben Gott sei Dank nicht das Amt eines öffentlichen Anklägers und Beherrichters verliehen bekommen und werden es auch im Interesse des Katholizismus niemals erhalten dürfen. Dem Fragesteller geben wir keine Antwort, wir geben sie — seinen Opfern, den katholischen Arbeitern, die den Berliner „Arbeiter“ lesen. Und da sagen wir: Ihr lassen unsere Mission innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung etwas anders auf, wie der Berliner „Arbeiter“. Wir anerkennen mit den Besten und Besten der Nation und aller Konfessionen die Berechtigung eines Programmpunktes, der da lautet: Förderung des konfessionellen Friedens!

Wir sind nicht dazu da, den aus Unkenntnis und erzeugten Vorurteilen resultierenden Schiefheiten in der Darstellung katholischer Dinge (in der evangelischen Arbeiterpresse) nachzuspüren. So wirkliche Bosheit eine gehässige Feder führt, wo man unsere katholischen Empfindungen grob verlegt und unsere Kirche beschimpft, da werden wir schon wissen, was wir unserer und unserer Mutter Kirche Ehre schuldig sind. Was wir wollen und zu tun haben, das hat J. B., vor zwei Jahren, unser Kardinal Fischer in einer Ansprache an die katholischen Arbeiter der Stadt Essen ausgeführt. Wir geben diese Ausführungen zu Nutz und Frommen des Berliner „Arbeiter“ hier wieder:

„Ich werde mich naturgemäß an die katholischen Arbeiter, d. h. aber nicht, daß ich euch abhalten will von der Gemeinschaft mit nichtkatholischen, mit evangelischen Arbeitern, die nicht auf dem Standpunkte stehen, vor dem ich euch stehen warnte. Gott sei Dank, gibt es solche, und sie sind zum Teil, gleich euch, in Betrieben zusammengeschlossen, stehen auf christlichem Boden, bekennen den Glauben an

Gott, an unseren Erlöser, halten fest an dem christlichen Sittengesetz und an den heiligen zehn Geboten. Mit solchen könnt und sollt ihr gewiß Hand in Hand gehen, um mit ihnen die gemeinschaftlichen und wirtschaftlichen Fragen zu behandeln, und ich benutze hier gerne die Gelegenheit, um meinem großen Schmerz erneuten Ausdruck zu geben, über die traurige, konfessionelle Verheerung, wie sie leider noch mehrfach betrieben wird. Sie dient nur zum Schaden des Vaterlandes. Ich verurteile es selbstverständlich auch und ganz entschieden, wo in dieser Hinsicht auf unserer Seite gesündigt worden ist oder sollte gesündigt werden. Ich meine, alle deutschen Männer, denen unser Volk und Vaterland am Herzen liegt, sollten darin einig sein, gegenseitige Liebe und gegenseitiges Vertrauen allerwärts einzuschärfen und selber zu üben, aber jegliche Hebe zu verurteilen und zu verachten. Möge letztere namentlich nicht in den Kreisen der Arbeiter Eingang finden.“

„Soweit die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“.“
Das können sich die Berliner Ueberkatholiken hinter den Spiegel sehen

Die Tätigkeit der Gewerbegerichte im Jahre 1906.

Wie die „Soziale Praxis“ der im Septemberheft des „Reichs-Arbeitsblatts“ enthaltenen Uebersicht entnimmt, bestanden am Schlusse des Jahres 1906 im Deutschen Reich 399 Gewerbegerichte (387 im Vorjahre). Dazu kommen noch 429 (433) Innungsschiedsgerichte und 20 (24) auf Grund der Landesgesetze zur Entscheidung gewerblicher Streitigkeiten berufene Gewerbegerichte. Ebenso wie im Vorjahre fehlte ein Gewerbegericht in Mecklenburg-Strelitz, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck und Schaumburg-Lippe. Die Gesamtzahl der bei den Gewerbegerichten des Reichs anhängigen Streitfachen betrug 114 530 (108 017). Von den Arbeitern waren 103 532 (99 763) Klagen erhoben, denen 10 655 (7 872) Klagen von Arbeitgebern gegenüberstanden. Fast die Hälfte sämtlicher Klagen, nämlich 52 910 (51 675), wurde ohne Endurteil erledigt, davon 48 629 (47 142) durch Vergleich, 2436 (2737) durch Verzicht und 1845 (1796) durch Auerkenntnis. Die Zahl der Versäumnisurteile betrug 11 658 (10 942). Zu wünschen wären hier Angaben darüber, ob das Urteil gegen Kläger oder Beklagten erging, und in wieviel Fällen Einspruch dagegen eingelegt wurde. Nur 18 831 (17 105) Sachen wurden durch Endurteil erledigt. Die Schnelligkeit des Verfahrens ergibt sich daraus, daß von diesen Endurteilen 5808 (5545) bereits nach weniger als 1 Woche, 10 730 (9556) nach mehr als 1 Woche, 2006 (1809) nach mehr als 1 Monat und nur 287 (195) nach 3 Monaten und mehr von der Rechtshängigkeit an erlassen wurden. Der Wert des Streitgegenstandes lag bei der überwiegenden Zahl der Klagen, nämlich in 102 055 (97 661) Fällen, unter der Berufungssumme, die nur bei 7804 (6982) Klagen gegeben war. Berufung selbst wurde gegen 525 (482) Urteile der Gewerbegerichte eingelegt.

Als Einigungsamt fungierten die Gewerbegerichte in 493 (350) Fällen, also ganz erheblich öfter als im Vorjahre, und zwar wurden sie 253 (165) mal von beiden Parteien, 6 (10) mal nur von den Arbeitgebern und 234 (175) mal nur von den Arbeitern angerufen. In 195 (1903: 54; 1904: 80; 1905: 128) Fällen wurde eine Vereinbarung erzielt, und in 38 (25) erfolgte ein Schiedspruch. Diesem unterwarfen sich beide Parteien in 29 (1.) Fällen, in 3 (3) nur die Arbeitgeber und in 4 (6) nur die Arbeiter, während nur 2 (2) mal der Schiedspruch von keinem Teile akzeptiert wurde. Bemerkenswert ist, daß die preussischen Berg-Gewerbegerichte nur zweimal von den Arbeitern als Einigungsamt angerufen wurden, noch dazu resultatlos.

Gutachten in gewerblichen Fragen gaben die Gewerbegerichte in 33 (30) Fällen ab, in 8 (1) machten sie von dem ihnen durch § 75, Abs. 2 G.G.G. eingeräumten Antragsrecht Gebrauch.

Galgenhumor.

Die Hirsch-Dunderschen, diese Organisationen der „Rückwärtler“ und verpackten Gelegenheiten, suchen sich jetzt mit neuen Nebenarten über die Nichtbeteiligung am Berliner Arbeiterkongress hinwegzutrostern. Die gehässigsten Angriffe und Verhöhnungen, die sich die H.-D. Organe und Wortführer dabei gegen die christlichen Organisationen erlauben, wollen wir ihnen nicht allzu trumm nehmen, es ist eben Galgenhumor. Und nicht um die darin liegenden lächerlichen Angriffe zu widerlegen, sondern um eines anderen Grundes willen verzeichnen wir nachstehende Ausführungen der H.-D. „Westdeutschen Post“, Organ der Düsseldorfer sogenannten Reformen. Das Blättchen schreibt in seiner Nummer 46 u. a.:

„Wenn wir Reformen seiner Zeit mit der Nichtbeteiligung am 1. Arbeiterkongress nicht einverstanden waren, so entsprang unsere Stellungnahme mehr dem Gegensatz zu Gründen, die den Zentralrat damals zur Ablehnung bestimmten. Wir waren für einen Versuch zur Mitarbeit zu haben. Anders aber jetzt, wo der ausgesprochene reaktionäre Charakter der sogenannten christlich-nationalen Arbeiter-

Bewegung vorliegt. H. D. Hirsch und wirtschaftlich freibeitlich gestaute Arbeiter werden sich niemals auf die Dauer der Förderung der geistigen und wirtschaftlichen Reaktion einlassen lassen.“

Diese dummbreisten Angriffe werden bei den christlich-nationalen Arbeitern nur Heiterkeit hervorrufen können. Wenn die H.-D. Gewerbevereine, — einschließlich der Düsseldorf-Reformer — aber heute schon erklären, daß sie auf eine Beteiligung an etwaigen späteren Kongressen verzichten, so werden sie damit einem Herzenswunsch der übergroßen Mehrheit der auf dem Kongress beteiligten christlich-nationalen Arbeiter entgegenkommen. Nach dem ganzen Verhalten der H.-D. Presse, nach den frechen Narempelungen und Verhöhnungen von H.-D. Seite, sowohl beim Frankfurter als auch beim Berliner Kongress, ist es die festgebildete Anschauung der überwältigenden Mehrheit der christlich-nationalen Arbeiter, daß nunmehr das Tisch Tuch mit den Hirsch-Dunderschen endgültig zerschnitten ist. Daß die H.-D. Presse, wie vorstehend das Düsseldorf-Organ, den letzten Faden selbst entzweielt, wird in unserem Lager nur Befriedigung erwecken, weil wir damit dieser etwas unangenehmen Aufgabe enthoben sind.

Und wenn die Hirsch-Dunderschen von der Vergangenheit ein wenig lernen und in Zukunft etwas schlaumer taktieren wollen, dann werden sie den Gedanken an eine Beteiligung an etwaigen späteren christlich-nationalen Arbeiterkongressen heute schon vergraben und sich nicht der Blamage aussetzen, einen Korb zu erhalten. Sie haben den Anschlag verpackt, mit ihren frechen Angriffen selbst die Brücke hinter sich abgerissen, und für sie gilt hier das Wort: Für immer zu spät!

Sonderbare Einkassierer

scheint der sozialdemokratische Metallarbeiterverband in Duisburg zu haben, wie folgender uns zugewehrte Schreibebrief erkennen läßt:

„Andrieu & Co., Duisburg-Hochfeld.“

Deutscher Metallarbeiterverband

Duisburg.

Für unsern Schloffer Bernhard Gerlach hatten wir für 8 Wochen Beitrag, zusammen 540 Mk. und schicken solche per Post ein. Andrieu.“

Andrieu & Co. ist ein Unternehmer, der hier also die Eintreibung der Beiträge für den sozialdemokratischen Verband besorgt. Da ist es wahrlich auch nicht verwunderlich, wenn der freie Verband mit einer höheren Beitragsquote herauskommt. Der christliche Metallarbeiterverband hat bis heute noch keine Unternehmer gefunden, die ihm die Gewerkschaftsbeiträge ihrer Arbeiter per Post einschicken. Daß der rote Verband solche hat, läßt tief blicken, würde Saubor sagen.

Geldverschwendung in Schwindelfassen.

Wie Schwindelkrankenkassen mit dem Geld wirtschaften erhellt aus einer Bekanntmachung des Berliner Polizeipräsidenten an die Presse, worin es heißt: „Die als eingetragene Hilfskasse zugelassene Brandenburgische Krankenkasse zu Berlin, deren Geschäftslokal sich zurzeit Berlin N. Invalidenstr. 129, II, befindet, hat in der am 5. August 1907 stattgehabten Generalversammlung an persönlichen Verwaltungskosten bewilligt:

- a) für jede einberufene Vorstandssitzung und zwar für jedes Vorstandsmitglied 20 Mark, also für fünf Vorstandsmitglieder: 100 Mark.
- b) für den Vorsitzenden (Direktor) ein Gehalt von 4500 bis 5100 Mark.
- c) für den Rentanten (Bureauchef) ein Gehalt von 1200 bis 1500 Mark.“

Die Hiernach der Kasse zur Last fallenden persönlichen Verwaltungskosten sind derartig hoch, daß in Berücksichtigung der noch hinzutretenden Gebühren und Provisionen für die Generalagenten und der nicht unbedeutenden sächlichen Verwaltungskosten von vornherein die dauernde Lebensunfähigkeit der Kasse anzunehmen ist.“

Es wäre zu wünschen, daß die Polizeibehörden öfter, wie bisher, nach vorausgegangener Untersuchung und Beobachtung derlei öffentliche Warnungen erließen. Die seitens der Arbeiterpresse immer wieder ergehenden Verwarnungen werden von dem größten Teil des Publikums ebenso oft in den Wind geschlagen.

Mögen die Arbeiter doch endlich klug werden und den Agenten solcher Schwindelfassen energisch die Türe weisen, da genug ehrliche und gutfundierte Kassen speziell im christlichen Lager vorhanden sind.

Soziale Rechtsprechung.

Pflicht des Arbeitgebers für Unterlassung des Klebens der Invalidenmarken.

Das Reichsgericht hat sich in einer Reihe von Entscheidungen auf dem Standpunkt gestellt, daß der Arbeitgeber, welcher es schuldhaft unterläßt, die An-

Invalidenmarken für seinen Arbeiter zu verwenden, so daß dieser seiner gesetzlichen Rente dadurch verlustig geht, für diesen Schaden nicht aufzukommen brauche, weil die Verpflichtung des Arbeitgebers zur Verwendung der Invalidenmarken keine privatrechtliche sondern eine öffentlich rechtliche sei. Dieser Auffassung des Reichsgerichtes schloß sich, nach einem Bericht der „Köln. Volkszeitung“, auch das Kölner Landgericht an, daß die auf Schadenersatz gerichtete Klage eines Paders gegen seinen Arbeitgeber, weil dieser es unterlassen hatte, Invalidenmarken für ihn zu verwenden und er dadurch seiner gesetzlichen Rente verlustig ging, abwies. Der erste Zivilsenat des Kölner Oberlandesgerichtes hob durch Entscheidung vom 9. Oktober d. J. das landgerichtliche Urteil auf und verurteilte den Beklagten zum Schadenersatz. Er ließ sich dabei von folgenden Gesichtspunkten leiten. Ein Schadenersatz läßt sich allerdings weder auf § 823 Abs. 1 B. G. B. stützen, der eine allgemeine Haftung für fahrlässige Vermögensbeschädigung nicht kennt, noch auf § 825 Abs. 2 daselbst (Verletzung eines Schutzgesetzes) herleiten, weil es sich bei dem hier vorliegenden Verstoße gegen das Invalidenversicherungsgesetz nicht um ein Schutzgesetz, sondern um eine öffentlich rechtliche Bestimmung handelt. Dagegen reichen die von dem Kläger behaupteten Tatsachen aus, um die Haftbarkeit des Beklagten aus anderen rechtlichen Gesichtspunkten als begründet erscheinen lassen. Ebenso wie es möglich ist, daß der Arbeitgeber sich dem Arbeiter gegenüber zu bestimmten Leistungen ausdrücklich verpflichtet, so können auch besondere Umstände zu der Annahme berechtigen, daß bei dem Arbeitsvertrag der unausgesprochene Wille der Vertragsschließenden ist, der Arbeitgeber solle mit dem Abschluß des Arbeitsvertrages zugleich die Fürsorge für die Markenverwendung übernehmen. Wenn innerhalb eines gewissen Kreises die Verkehrsmittele sich so gestalten, daß der Arbeitgeber regelmäßig nicht bloß für die gemachte Lohnabzüge angekauften Marken verwendet, sondern darüber hinaus die Versicherungspflicht der von ihm beschäftigten Personen übernimmt und die Anschaffung von Duitungsarten veranlaßt, so können durch dieses Verhalten des Arbeitgebers die einzelnen Arbeiter zu der Meinung veranlaßt werden, daß der Arbeitgeber, was er bei den Mitarbeitern als selbstverständlich tut, auch ihnen gegenüber selbstverständlich übernehmen werde. Es muß alsdann gemäß § 242 BGB. der Arbeitgeber gegenüber dem sich auf den Brauch verlassenden Arbeiter seine Leistung als Arbeitgeber so bewirken, wie Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrsmittele es erfordern. Daß die Arbeiter sich auf den Arbeitgeber in dieser Richtung, wie dem Arbeitgeber bekannt ist, verlassen, ist insbesondere bei den größeren Betrieben, wo der erwähnte Brauch sich eingebürgert hat, häufig der Fall. Diese Voraussetzungen treffen in dem gegenwärtigen Rechtsstreite zu.

Soziale Wahlen.

In München fand am 3. November eine Neuwahl der Vertreter zur Ortskrankenkasse statt, da die am 17. Febr. d. J. stattgefundene Wahl wegen der dabei stattgefundenen Unregelmäßigkeiten auf Antrag der christlichen Arbeiter für ungültig erklärt wurde. Der Wahlkampf war ein sehr heftiger, die Kampfweise der Sozialdemokraten geradezu unflätig. In zahllosen Versammlungen hinter verschlossenen Türen wurde in der gemeinsten Weise gegen die Christlichen gehetzt, ohne ihnen Gelegenheit zur Verteidigung zu geben. In einer von christlicher Seite einberufenen öffentlichen Versammlung waren die sozialdemokratischen Beamten zu seige, um das Wort zu ergreifen. Hier Flugblätter mit den größten Unwahrheiten wurden in einer Auflage von 300 000 Exemplaren verbreitet, und so die sozialdemokratischen Massen aufgehetzt. Doch ist nicht erreicht, was die Genossen wünschten. Noch am Tage der Wahl wurde in großsprecherischer Weise verkündet, daß die „Christen“ höchstens 5000 Stimmen bekommen sollten. Das Resultat war aber, daß wir 2380 Stimmen gewonnen haben. Im ganzen wurden abgegeben 33 341 Stimmen. Davon entfielen auf die Liste der christlichen Arbeiter 9219, auf die sozialdemokratische Liste 24 104 Stimmen. Bei Verhältniswahl hätten wir 72 Vertreter und 36 Ersatzmänner bekommen. Gegen die Einführung derselben sträubten sich die Genossen aber mit Händen und Füßen, trotzdem sie soeben im bayerischen Landtage für die Gemeindevahlen Verhältniswahl verlangten. In einem Flugblatt schreiben die Genossen, daß sie zwar im Prinzip nicht für fähig halten, an der Verwaltung der Kasse mitzuarbeiten. Das schreiben Leute, die durch eine beispiellose Wirtschafft der Kasse wahrlich nicht genützt haben. Die Antwort für diese frache Behauptung der christlichen Arbeiter haben die Herren am 3. November bekommen. Die 9219 Stimmen, die auf die christliche Liste abgegeben wurden, stammen von Leuten, die wissen, was sie wollen, und die auch in Zukunft der bayerischen Sozialdemokratie noch manche schwere Stunde bereiten werden.

Die Vertreterwahlen für die Ortskrankenkasse So des Berg fanden am 10. d. J. zum zweiten Male statt, da die früher stattgefundene Wahl für ungültig erklärt wurde. Die freien Gewerkschaften hatten sich mit den kirchlichen Gewerkschaften verbunden. Dieser Zweck wurde als wichtiges Mittel an, um die Wähler auf

eine Seite zu bekommen. Ein von ihnen herausgegebenes Flugblatt war einfach mit „Der Wahlauschuss“ unterzeichnet; also nicht einmal Farbe bekannte man, aber schämten sich die Verbündeten vielleicht, Farbe zu bekennen. Daß man die Haut nicht eher verkaufen soll, bis man den Bären hat, daran hatten sie nicht gedacht, sonst hätte man nicht vor der Wahl schon die „Genossen“ bestimmt, die in den Vorstand sollten. Doch es sollte anders kommen. Die vertriebenen Lohrgerber waren diesmal auf der s. d. roten Seite und der „Obergenosse“ zog mit seinen Getreuen noch viel beschämter ab, als damals nach der „Rhein. Zeitung“ angeblich der Oberchrist. Mit Ausnahme der 6. Abteilung siegte die Liste der christlichen Gewerkschaft in allen Abteilungen mit großer Stimmenmehrheit, so daß von 56 zu wählenden Vertretern 52 auf die Liste der christlichen Gewerkschaft fielen und nur 4 auf die der freien Gewerkschaft. Dieses schöne Resultat haben wir hauptsächlich der eifrigen Arbeit unserer Verbandskollegen zu verdanken.

Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse Soholt fanden am 8. November statt. Wahlberechtigt waren 1923 Kassenmitglieder. Von diesen gingen 1291 zur Wahl. Die Beteiligung betrug somit 65 Proz. Die Wahlagitatorik wurde mit einer früher nie gekannten Schärfe geführt. In der Agitation war den „Genossen“ jedes Mittel recht. Am Wahltag wurde von sozialdem. Seite ein von lügenhaften und persönlichen Angriffen auf die christlichen Führer strotzendes Flugblatt herausgegeben. Die persönliche Agitation der „Genossen“ an den Wahllokalen spottet jeder Beschreibung. Neben einer ausdringlichen Frechheit auch hier wieder eine beispiellos niedere Kampfesweise. Trotzdem war das Resultat für die „Genossen“ nicht besonders gut. Die Liste der christlichen Arbeiter erhielt 891 Stimmen, die der Genossen 400. Der Stimmzunahme seit der letzten Wahl beträgt auf christlicher Seite 120 Proz. dagegen auf der gegnerischen Seite nur 40 Proz. Die christlichen Arbeiter Soholts haben noch viel Arbeit zu leisten, um auch den letzten gleichgesinnten Kollegen mobil zu machen.

Die Gewerbegerichtswahlen im Landkreis Effen am 10. November brachten einen schönen Sieg der christlichen Arbeiter. Mit Ausnahme von Kettwig, wo der Kandidat der Genossen die Mehrheit erhielt, siegten sämtliche von den christlichen Gewerkschaften aufgestellten Kandidaten. Abgegeben wurden im ganzen 1348 Stimmen, und zwar 981 für die Kandidaten der christlichen Arbeiter und 367 für die der Sozialdemokraten. Die Wahlbeteiligung ließ infolge der sehr spärlich vorhandenen Wahllokale sehr zu wünschen übrig. Immerhin ist gegen die früheren Wahlen, wenigstens seitens der christlichen Arbeiter, eine regere Beteiligung zu verzeichnen. Die Genossen hatten in Stoppenberg, Steier, Kellinghausen und Werden es überhaupt nicht für nötig befunden, ihre Getreuen anzumelden. Wegen des Fehlens von Gegenkandidaten war die Wahlbeteiligung in diesen Bezirken, abgesehen von Werden, auch seitens der christlichen Arbeiter flau. In Werden standen die Genossen verärgert, auf ihre Vorstände schimpfend, auf dem Markte und jagen zu, wie die christlichen Arbeiter recht eifrig von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten. Auf den Sieg in dem sogenannten „roten Kettwig“ brauchen die Genossen auch nicht besonders stolz zu sein. Hier entfielen bei einer Wahlbeteiligung von etwa 45 Prozent der angemeldeten Wähler 116 Stimmen auf den Kandidaten der nationalen Wählerchaft und 186 Stimmen auf den Kandidaten der Genossen. Der Ausfall der Wahl zeigt, daß bei intensiver Weiterarbeit, insbesondere bei Stärkung der christlichen Gewerkschaften am Orte, die Genossen auch in Kettwig noch aus dem Sattel zu heben sind. In Dorbeck zeigten die christlichen Arbeiter einen recht erfreulichen Eifer. Ihr Kandidat siegte mit 485 gegen 119 Stimmen. Aus Kettneffen wird über eine schlechte Beteiligung der christlichen Metallarbeiter geklagt. Da wird es Aufgabe unserer Kollegen sein, einmal eine gründliche Gewissensprüfung anzustellen und in Zukunft besser auf dem Posten zu sein. Können die christlichen Arbeiter mit dem Gesamtresultat auch zufrieden sein, so muß das Interesse an den so wichtigen Wahlen in Zukunft doch noch lebhafter werden. Ausbau der Organisation und Schulung der Mitglieder ist im Landkreis noch dringend notwendig.

Streits und Lohnbewegungen.

Lünen. Nach vierwöchentlicher Dauer hat der Streit bei der Firma G. Duitmann (Schwarzwarenfabrik) durch den Unfall einer Anzahl Auch-Kollegen am 9. Nov. abgedreht werden müssen. An dem Streit waren beteiligt 3 unserer Kollegen, 12 vom deutschen Metallarbeiter-Verband und 2 vom s. d. Gewerbeverein. Die Einigkeit der Kollegen wurde während des Kampfes, abgesehen von einer Anpöbelung der christlichen Kollegen durch die hierige sozialdemokratische „Arbeiterzeitung“, durch nichts gestört. Da in Lünen eine allgemeine verbreitete Zeitung nicht besteht, so wurde durch Flugblätter dem Publikum die einzelnen Vorgänge in diesem Lohnkampfe (dem ersten in Lünen) mitgeteilt. An der Vernichtung dieser Flugblätter und Abreißen derselben beteiligte sich in hervorragender Weise die wohlwollende Polizei. Auch verschiedene Vertrauensversammlungen der Streikenden „wollte“ die Polizei auflösen, es ist ihr aber nicht gelungen. Die Folgen der Anzeigen warten wir gleichfalls in Ruhe ab.

Nachdem der Lohnkampf drei Wochen gedauert, verschiedene Verhandlungen, sowohl zwischen den Kollegen und Herrn Duitmann sowie den Gewerkschaftsführern und Herrn Duitmann zu keinem Resultat geführt hatten, sah sich der Firmeneinhaber doch schließlich genötigt, ein Entgegenkommen zu zeigen. Er erklärte schriftlich, eine Woprogenannte Lohn-erhöhung zu gewähren. Wie aber am anderen Tage die Streikkommission auf Grund dieser Erklärung hin verhandeln wollte, erklärte Herr Duitmann sein schriftlich gegebenes Versprechen für nicht gegeben und lehnte jede Verhandlung ab.

Während dieser Zeit des Streits hatte bereits eine ganze Anzahl Kollegen andere Arbeit angenommen, wieder

andere waren abgereist. Das Lager der Firma war leer und die Lackierer hatten keine Arbeit, weil eben fast alle Klempner (32 von 38) im Streit standen. Trotzdem glaubt 7 Klempner, nachdem Herr Duitmann durch diese siegreiche während des Streiks alles erfahren hatte, was erfahren wollte, den Herausreißer spielen zu müssen. Schon das schriftlich gegebene Wort bezüglich der 10 Proz. rückgängig gemacht, die Kommission vor die Tür geschickt worden war, glaubten diese sieben Auch-Kollegen dem Herrn Duitmann mehr wie ihren eigenen Kollegen und sich den Streikenden in den Rücken. (Wer weiß, welche Versprechungen und Geschenke hier weiter noch eine Rolle gespielt haben). Ohne ihre Kollegen zu fragen, ohne Versammlung beschluß, nahmen diese Leute die Arbeit wieder auf. Der Urteil über diese sieben überlassen wir den Kollegen.

Die Streikbrecher, die allerdings noch nicht lange Mitglied unseres Verbandes waren und das eigne wie das Interesse ihrer Mitarbeiter so schön verraten haben, sind natürlich sofort aus unserem Verbandsausgeschliffen worden. Die sozialdemokratische Presse aber hat wenig Lust, diesen Unfall entiger erst kürzlich in den christlichen Verband Eingetretenen gegen uns auszuschlachten, schließlich doch der sozialdem. Verband überhaupt keinen Streit, nicht nachher so und so viele Streikbrecher aus seinen Reihen zu verzeichnen sind.

Kollegen von Lünen! Lernt aus diesem Lohnkampf nicht die Not zwang jene sieben, ihren Arbeitsbrüthern den letzten Augenblick in den Rücken zu fallen, sondern es ist anzunehmen, daß sie bewußt die Geschäfte unserer Gegner auf beiden Seiten besorgt haben. Darum Kollegen, die Augen auf, hoch die Kollegialität.

Die Leselieb. Die sozialdemokratische Hebe gegen unseren Verband hat ihren Zweck vollständig verfehlt, es war ein Schlag ins Wasser. Das müssen auch die roten Fanatiker wohl oder übel einsehen und das steigert noch ihre Wut und ihren Fanatismus. In der Presse und in den verbreiteten Heftflugblättern wurde von der Ortsverwaltung der sozialdem. Met.-Verbandes erklärt, stets die Grundzüge der Streiten und durchgeführt zu haben, daß von ihren Mitgliedern auf Un- oder Andersorganisierte nicht der geringste Zwang ausgeübt werden dürfe; ebenso wäre sie, die Ortsverwaltung, an den Terrorismusfällen daselbst vollständig unbeteiligt. Daß dem nicht so ist, wurde von uns schon zu wiederholten Malen bewiesen.

In dem ersten von der sozialdem. Ortsverwaltung herausgegebenen Heft-Flugblatt war z. B. die genaue Wohnungsadresse unseres Vorsitzenden wiederholt auffällig hervorgehoben und der Erzeß des roten Fanatismus vor der Wohnung mit Zöhlen, Schreien und Fensterstößen-Einwerfen hat bewiesen, daß die Genossen den Wink ihrer Ortsverwaltung verstanden und begriffen hatten. Dieselben Leute wollten sich dann der Öffentlichkeit gegenüber als die unschuldigen Waisenkinder aufspielen. Nein, was wir schon in der vorigen Nr. betonten, bleibt bestehen, die wahren Schuldigen an dem Terrorismus und den Erzeßten sind die sozialdemokratischen Führer.

Diese Führer verschmähen es sogar nicht und treiben den Fanatismus soweit, daß sie selbst in höchst eigentümlicher Weise mit Taktigkeiten gegen die christlichen Arbeiter ihrer fanatisierten Mit- und Nachläufer ein verabscheuungswürdiges Beispiel geben. Der Lokalbeamte H. Busse hat am 12. November abends in der Missionsstraße ein Mitglied unseres Verbandes überfallen und mißhandelt. Dieser „gewalttätige Geisteskämpfer“ wird Gelegenheit bekommen, vor Gericht seine „Geistesarbeit“ zu verteidigen und zu begründen.

Immer und Schande über eine solche Kampfesweise. Auf derartige Auswüchse bei freigestellten Beamten auf solche „Erzieher“ und „Volksaufklärer“ braucht der freie Metallarbeiterverband wahrlich nicht stolz zu sein. Unserer Sache aber wird dieser schamlose Terrorismus und Heftfeldzug keinen Schaden zufügen können. Jetzt erst recht, sagen sich alle anständigen und ebelbenenden Arbeiter, wollen wir von einer Organisation, die solche Früchte zeitigen kann, nichts wissen. Jetzt erst recht halten wir treu und standhaft zum christlichen Metallarbeiterverband, schon aus Gründen der Gerechtigkeit und des Anstandes.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Publikationschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Ahlen. Bei der Firma Gebr. Seiler (Stanz- u. Emailierwerke) stehen die Stanz- und Schlosser in einer Lohnbewegung.

Soholt. In der Gerbfabrik der Firma J. B. Ellinghorst sind Differenzen ausgebrochen. Sämtliche Kollegen stehen im Streit.

Düren. In Röslerdorf sind bei der Firma Zimmermann in der Formerei Lohn Differenzen ausgebrochen.

Colingen. Die Arbeiter der Firma Hammesfahr stehen im Streit.

Osnabrück. Bei der Gasuhrfabrik Kromschöder stehen die Arbeiter im Streit.

Huppichterath (Bröhlthal). Bei der Firma Gebr. Willach, Möbel- und -behlägefabrik, sind die organisierten Arbeiter wegen Zugehörigkeit zur Organisation ausgesperrt.

Friedenthal (Siegfried). Bei der Firma Linde & Comp., Abteilung Colingen, sind sämtliche organisierten Kollegen ausgesperrt.

Oberstein. Hier sind sämtliche organisierte Metallarbeiter ausgesperrt.

Lünen. Ueber die Firma Gottfr. Duitmann ist die Sperre verhängt.

In der Diskussion brachten die sozialb. Gewerkschaftler, die mit ihren ganzen Generallab erschienen waren, ihre alten Ladedhüter zum Vorschein. Sie operierten so ungeschickt, daß selbst der Dummste erkennen konnte, auf welcher Seite praktische Arbeit geleistet wird.

Kollege Pfirsicher war es ein Leichtes, ihre auf die Dummheit der christl. Arbeiter spekulierenden Redereien treffend zu widerlegen. An ihrer großen Unruhe merkte man, daß er das Richtige getroffen hatte.

Kollegen! Außer mehreren Neuaufnahmen bedeutet die Versammlung auch einen großen moralischen Erfolg. Jetzt aber auch die richtige Lehre daraus gezogen. Hand angelegt, mitgearbeitet, aller Zersplitterungsarbeit von links und rechts zum Trost.

Reinigt. Am 27. Nov. fand hier im Saale des Kollegen C. Hoube eine öffentliche Versammlung statt. Kollege Trignart-Röhl behandelte in 1 1/2stündiger Rede die Bedeutung des zweiten deutschen Arbeiterkongresses.

Weidenau bei Siegen. Auf der hiesigen Bremerhütte wurde den Arbeitern — angeblich infolge schlechten Geschäftsganges — ein Lohnabzug von 10 bis 15 Prozent angeordnet.

Niefern bei Gm. Die Organisation der christlichen Metallarbeiter im Lahntal hat in jüngster Zeit erfreuliche Fortschritte gemacht. Im oberen Lahnggebiet, im Wittgensteinerland und Kreis Wiedenstopf, bestehen seit längerer Zeit blühende Zählstellen unseres Verbandes.

Kollege Schmitz aus Köln legt uns in einigen Versammlungen den Wert und die Bedeutung unseres Verbandes dar, mit dem Resultat, daß eine Ortsgruppe sofort gegründet und die Vorstandswahl getätigt werden konnte.

Am Sonntag, den 10. November berichtete Kollege Schmitz über den 2. deutschen Arbeiterkongreß in Berlin und dessen spezielle Forderungen zum Schutze der Hüttenarbeiter.

Kollegen von Niefern und Umgegend! Ein trefflicher Anfang ist gemacht, die hiesigen Verhältnisse erfordern eine starke Organisation. Jetzt ein in unsere Reihen, werdet eifrige opferwillige Gewerkschaftler, dann ist die Möglichkeit gegeben, unsere Standesinteressen wahrzunehmen.

Begnitz. Endlich ist es auch hier in Begnitz dem christlichen Metallarbeiterverband gelungen, festen Fuß zu fassen und eine Zählstelle zu gründen. Eine im Juli von einem eifrigen Kollegen einberufene Versammlung bei H. Georg Eichermüller, Referent Gewerkschaftssekretär Kollege A. Konrad aus Ritzberg, hatte den Erfolg, daß sich sämtliche anwesenden Kollegen zur Gründung einer Zählstelle in Begnitz bereit erklärten.

Wenn es nun auch langsam vorwärts geht, so können wir doch stolz sein, daß wir bis jetzt immer an Mitgliedern zugenommen haben und auch die Mitgliederversammlungen, welche alle 14 Tage abgehalten werden, immer gut besucht sind.

und eifriger Gewerkschaftler wird niemals ohne dringenden Grund von einer Versammlung fernbleiben, besonders wenn sich die Verwaltung die Mühe macht, und in der Versammlung etwas Gebiegenes bietet.

Ferner sei an die Kollegen der Appell gerichtet, mit Begeisterung für unsere Sache einzutreten und immer neue Kollegen zu werben. Wenn wir auch von den „Genossen“ der roten Gewerkschaft verhöhnt und verspottet werden, das darf uns nicht abhalten, sondern desto eifriger und zielbewußter müssen wir an die Arbeit gehen und mit Gottvertrauen unser begonnenes Werk fortsetzen.

Julda. In der letzten Zeit machen sich in unserer Ortsgruppe Erscheinungen geltend, die ganz entschieden bekämpft werden müssen. Inbezug auf Solidarisität und Kollegialität mangelt es ganz bedenklich. Wenn sich organisierte Arbeiter gegenseitig bekämpfen, so ist das im Interesse des Verbandes gewiß tief zu beklagen, und es wirkt auch ein großes Licht auf den Charakter solcher Leute.

Die Kollegen tun aber in Zukunft gut, wenn sie etwas mehr als bisher auf der Hut sind, denn es ist doch hinreichend bekannt, daß der Vermeister J. auf der Suche nach Verrätern ist. Letzterer hat schon einmal einem gewissen Oberdreher J. das Angebot gemacht, in den Verband einzutreten, die Beiträge sollen ihm von einer anderen Seite bezahlt werden.

Offentlich werden sich auch in Zukunft keine berartigen Individuen finden, die den Vermeister Jäger in seiner großen Mission, das ist die Bekämpfung des christl. Metallarbeiterverbandes die nötigen Spendersdienste leisten. Die Kollegen müssen aber aus diesen Vorgängen ein für allemal die Lehre ziehen, daß die Organisation eine große Bedeutung hat, die man unter keinen Umständen preisgeben darf, am allerwenigsten aber für das freundliche Gesicht eines Vermeisters oder sonstigen Vorgesetzten.

Literarisches.

Lehr- und Nachschlagebuch für Werkstatt und Bureau des gesamten Maschinenbaues. Bearbeitet von E. Bauermeister und W. Lüdke. Verlag A. Hilger, Barmen. Preis geb. 3 Mk. Ein wirklich gebiegenes, äußerst praktisches Werk, das besonders als Nachschlagebuch sich sehr nützlich erweisen dürfte.

Briefkasten.

Nach Götlich. Wir wollen nicht mit gleichen Waffen wie „Sitz Berlin“ kämpfen, und deshalb den Artikel über den betrunkenen Fachabteilungssekretär als „Kriminalbeamter im Benustempel“ in die Mappe legen. Auch noch angeführt des Umstandes, daß der nämliche Fachabteilungsagitor bei der letzten Gewerkschaftswahl die christlichen Gewerkschaftler so struppellos hintergangen hat.

Nach Brebach. In nächster Nummer. Übrigens hast du recht. Es muß bald den Anschein gewinnen, als ob die roten Hehapöfel für ihre Blähsarbeit gegen unsere Bewegung von den großkapitalistischen Scharmachern bezahlt würden.

Sterbefahel.

Wirseln. Am 9. Novbr. des Mts. starb unser langjähriges Mitglied Kollege Joseph Heimer an Magdrebts.

Flensburg. Am 5. November starb unser Mitglied Köste nach langer schwerer Krankheit infolge eines Leberleidens.

Ehre ihrem Andenken!

Ortsverwaltung Oberhausen.

Es ist in letzter Zeit häufig vorgekommen, daß Ortsverlosmeldungen entweder zu spät oder gar nicht erfolgt sind. Es wird hierdurch darauf aufmerksam gemacht, daß die Mitglieder verpflichtet sind, spätestens bis zum 3. Tage die Meldungen zu machen, andernfalls sie ihrer Rechte und Unterstützung verloren gehen.

Versammlungs-Kalender.

- Kollegen! Ein pflichtbewußter Gewerkschaftler wird ohne zwingenden Grund in keiner Versammlung fehlen.
Ultradting. Sonntag, den 24. d. Mts., vorm. 10 Uhr Gasthof Euter Ausschussung.
Beleke. Sonntag, 24. Nov. Versammlung mit Vortrag des Kollege Weinbrenner-Hamm.
Wirseln. Jeden letzten Sonntag im Monat nachm. 1/4 4 Uhr im Lokal Brigg Heinrich Johann Bauer.
Dortmund. Zählstelle Samstag den 23. Novbr. abends 1/2 11 Uhr im Gewerkschaftshaus Lütgebrückstr. Mitglieder-Versammlung.
Dortmund. „Union Bezirke“ 11 Uhr bei Boß Mitglieder-Versammlung.
Dortmund Kleingewerbe Montag den 2. Dez. 9 Uhr Gewerkschaftshaus Versammlung.
Duisburg 1 Sonntag den 23. Novbr. abends 1/2 9 Uhr Koppn und Wanheimerstr. Versammlung mit Vortrag.
Essen-Kleingewerbe. Samstag 23. Novbr. abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.
Essen-Beitrop. Sonntag, den 24. Novbr. nachm. 3 1/2 Uhr Versammlung. Referent Kollege Bergmann-Duisburg.
Essen. (Schlosser u. Schmiede der Kleingewerbe) Sonntag, den 23. November abends 8 1/2 Uhr Versammlung. Christl. Gewerkschaftshaus.
Essen-Verder-Schnebeck. Sonntag, den 24. Novbr. vorm. 11 Uhr Versammlung bei Hausmann, Esenerstr.
Essen-Deilwig. Sonntag, den 24. November vorm. 11 Uhr Versammlung bei Hoffstadt, Sternstraße.
Essen-Altenbock. Sonntag, den 24. November abends 8 Uhr Versammlung bei Dissenberg, Altenbockstraße.
Gelsenkirchen. Ortsverwaltung. Sonntag den 24. Novbr. vorm. 11 Uhr Generalversammlung bei Dirls. Referent Kollege Hirtfelder-Essen.
Gelsenkirchen Kleingewerbe. Freitag 23. Nov. abends 8 1/2 Uhr bei Dirls.
Verwaltungsstelle Hannover-Linden. Sonntag den 8. Dezember nachm. 3 1/2 Uhr außerordentliche Generalversammlung im Geschäftsloale der Arbeiter-Festhalle Hannover, Am Wallhall (Ref. W. Wallbaum, Bezirksleiter. Tages-Ordnung: Berichtsjahre Hannover-Linden.
Kall. Sonntag, den 24. Nov., morgens punkt 10 Uhr Schorodt Versammlung.
Ludwigshafen. Unsere Mitgliederversammlungen finden jeweils am 1. und 8. Samstag im Monat statt. Lokal bei Kleinhofstr. 22. Der Vorsitzenden wohnt Kleinhofstr. 23 II. St.
Oberhausen. Jeden Freitag abends 8 Uhr bei Döhl Karlsru. Vertrauensmänner-Versammlung.
Oberhausen-Sturru. Sonntag 24. Novbr. nachm. 4 Uhr Vorstandssitzung, nachm. 6 Uhr Mitglieder-Versammlung mit Vortrag. Unorganisierte sind mitzubringen. Lokal Hubert Erz Feld. W. Josephstraße-Edt.
Oberhausen-Stierkrade. Sonntag 24. Novbr. nachmittags 4 Uhr große öffentliche Versammlung, Redner Kollege Franzen Oberhoffel. Nach der Versammlung Mitglieder-Versammlung.
Werklein. Sonntag 24. Novbr. vormittags 11 1/2 Uhr in Berlehtstolal, Versammlung mit Vortrag, des Kollege Weinbrenner-Hamm.

Flugzettel :: :: :: Plakate
Eintrittskarten :: Mitgliedskarten
Programme :: :: Liedertexte
Statut-Abdrücke, überhaupt alle
Vereins- und Privat-Drucksachen
Liefen wir in kürzester Zeit, auf Wunsch innerhalb eines Arbeitstages. Billigste Berechnung. Prompte Zusendung per Postpaket.
:: :: Genossenschaftsdrucker :: ::
Edo von Niederrhein, Duisburg.

Riepenferl!
Tabake sind allen voraus!
1/4 Pfd.-Pakete à 20 Pfg. bis 1 Mark.
Herrall künstlich!
Alleinige Fabrikanten:
Oldenfort-Rees.